

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzählig . . . 192.—
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourenkarten.
Ercheint mit Ausnahme des Montag täglich.

2. Jahrgang.

Sonntag, 5. November 1922.

Nr. 260.

Der Staat gegen die Konsumenten.

Noch hallen uns die Worte aus dem Aufrufe im Ohre, den die Regierung an die Bevölkerung erließ, in dem sie an das sittliche Empfinden der Fabrikanten und Kaufleute rührte, mit den Preisen um Gottes Willen doch herunterzugehen, weil dies ein Lebenserfordernis der tschechoslowakischen Volkswirtschaft sei. Was ist aus den Moralsprüchlein geworden? Eine ganz kurze Zeit trat ein bescheidener Preisrückgang ein, der sich immer mehr verlangsamt hat, bis er endlich ganz stillstand. In den allerletzten Tagen ist der Stabilität der Preise sogar wieder ein langsamen Ansteigen der Preise gerade der wichtigsten Lebensbedürfnisse gefolgt. Unter dem Eindruck der Forderungen der Gewerkschaftszentralen und der Mahnrufe aus allen Kreisen der Bevölkerung hat sich die Regierung vor einigen Wochen in Bewegung gesetzt und hat — bei der Enquetenfreundlichkeit, die hierzulande herrscht — Besprechungen mit den Kaufleuten anberaumt. Die Bezirkshauptleute haben im Schweiße ihres Angesichtes Sitzungen auf Sitzungen anberaumt und der Erfolg war, daß hier und da die Mauer der hohen Preise an einzelnen Stellen abgetragen wurde. Aber bald hat die Regierung den Atem verloren und gegenwärtig herrscht wieder eine unheimliche Stille über den Wassern. Selbst hat die Regierung nicht das geringste Opfer gebracht, wenn man von der lächerlichen Ermäßigung der Tabakerzeugnisse absieht. Die Krone ist seit dem Herbst um 300 Prozent gestiegen, der Finanzminister aber war so gnädig, dem Arbeiter die Sportzigarette von 20 Heller auf 18 Heller herabzusetzen. Also Steigen der Krone um 300 Prozent, Herabsetzung der Zigaretten um zehn Prozent! An die Sätze für die Luxus- und Umsatzsteuer, an Zölle und Einfuhrgebühren hat die Regierung nicht einmal angerührt. Was das für Folgen hat, sei nur an einigen Beispielen gezeigt.

Als ein Kilogramm Fett 25 Kronen kostete, da setzte die Regierung ein Umsatzsteuerpauschale von zwei Prozent, d. h. von 50 Hellern fest. Durch das Steigen der Krone ist nun der Preis des Fettes auf zehn bis elf Kronen gefallen, die Umsatzsteuer von 50 Hellern ist aber geblieben, obzwar es Pflicht und Schuldigkeit des Staates gewesen wäre, diese auf 20 bis 25 Heller herabzusetzen. Aber dem Staat fällt es eben nicht ein, auch nur das Notwendigste zu tun! Noch ärger sind die Dinge beim Fleisch. Für ein Kilogramm Gefrierfleisch, das etwa 6.70 Kronen kostet, muß ein Zoll und eine Umsatzsteuer von zusammen 1.30 Kronen entrichtet werden. Also 20 Prozent des Warenwertes! Nun kann der Preis des heimischen Fleisches einzig und allein durch die Konkurrenz des ausländischen Gefrierfleisches herabgedrückt werden, was aber durch die Abgaben an den Staat nicht wirkungsvoll geschehen kann. Um die 1.30 Kronen, die Zoll und Umsatzsteuer ausmachen, könnte eben das Fleisch hierzulande billiger sein. Das alles scheint die Regierung nicht zu sehen. Der Herr Finanzminister läßt sich für wichtige Importartikeln, wie Rosinen und Mandeln, eine Umsatz- und Luxussteuer zahlen, die 17 Prozent des Warenwertes ausmacht. Ja die Dinge sind so trag, daß man die Umsatzsteuer sogar vom Fracht und Zoll der importierten Waren, also nicht vom bloßen Warenwert allein entrichten muß, und obendrein muß man noch einhalb Prozent Einfuhrbewilligungsgeld — niemand weiß wofür — bezahlen, nur damit die Arbeiterfrau, die vielleicht einmal in der Woche am Sonntag Buchtchen macht, in diese keine Rosinen hineingeben kann. Beim Kaffee beträgt der Zoll — bei den minderen Sorten — etwa 100 Prozent. Ein Kilogramm minderen Kaffees kostet 9.50 Kronen und ebensoviel beträgt der Zoll. Wenn die Arbeiterfrau ein Kilogramm Kaffee kauft, sofort ist der Finanzminister bei ihr und läßt sich von ihr 9.50 Kronen an Zoll entrichten. Bei Tee beträgt der Zoll bei den gewöhnlichen Sorten 200 Pro-

Spannung zwischen Reparationskommission und Reichsregierung.

Berlin, 4. November. Das Schriftstück, welches die deutsche Regierung gestern abends der Reparationskommission übermittelt hat, enthält keineswegs konkrete Vorschläge. Die Bemerkungen der deutschen Regierung sind zum Teil kritisch, zum Teil Anregungen für eine Revision der Höhe der Reparationssumme und der Bewilligung von Fristen und einer äußeren Anleihe. Daß die erwarteten konkreten Vorschläge über die Herstellung des Gleichgewichtes im Budget nicht übermittelt worden sind, mußte natürlich auf die Kommission einen peinlichen Eindruck machen und dieser Eindruck mußte notwendigerweise durch den Präsi-

denten der Kommission in einer höflichen, aber sehr festen Form zum Ausdruck kommen. Diese Reueberung übte auch auf die Mitglieder der deutschen Regierung seine Wirkung aus, die sich von den Erfordernissen der gegenwärtigen Stunde nicht genau Rechenschaft abzulegen scheinen. Morgen wird man also die Vorschläge bezüglich der Herstellung des Gleichgewichtes im Budget erhalten. Im übrigen ist zu sagen, daß die vollkommene Einmütigkeit der Mitglieder der Reparationskommission, sozusagen ihre frontale Einheit, bei dieser Gelegenheit von neuem glänzend zutage getreten ist.

Die bayerische Butschgefahr.

München, 4. November. (Tsch. B.-B.) Die „Münchener Post“ teilt mit, daß nicht nur Kapitän Ehrhardt im Hotel Marienbad in München wohnt, sondern auch der aus dem Rappatsch bekannte General Lützow. Es verlautet ferner mit Bestimmtheit, daß im Falle eines Staatsstreiches der unzuverlässige General Mühl vom Reichswehrkommando München festgesetzt werden soll. In einer überfüllten Versammlung der nationalsozialistischen Sturmtrupps wurde der Sieg Mussolinis gefeiert. Der Referent äußerte sich, daß auch Bayern und Deutschland seinen Mussolini erhalten wird. Es sei der Führer der Nationalsozialisten Adolf Hitler. Nur die nationale Diktatur könne Ordnung schaffen. Der Parlamentarismus sei ein Schwindel. Die Versammlung verlangte die Einführung der Prügel- und Todesstrafe, für jeden Wucherer. Wenn die Regierung diesem Verlangen nicht stattgeben sollte werde das Volk zur Selbsthilfe greifen.

Die Regierungskrise ist bis jetzt noch nicht gelöst. Als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten ist der frühere Wittelsbacher Kultusminister von Kulling angetreten.

Ein amtliches Dementi:

München, 4. November. (Wolff.) Zu der in einem Teil der bayerischen und oberbayerischen Blätter verbreiteten Meldung über Butschpläne in Bayern und München stellt die „Korrespondenz Hoffmann“ fest, daß absolut sicher amtlich festgestellt wurde, daß sich Kapitän Ehrhardt weder dauernd noch vorübergehend in München aufhalte. Es ist nicht wahr, daß ein Butsch unmittelbar bevorstehe, da die Vorbereitungen hierzu weder der Polizei noch der Regierung verborgen bleiben könnten.

Das Sanierungsprogramm dem österreichischen Nationalrat vorgelegt.

Wien, 4. November. (Eigenbericht.) In der gestrigen Sitzung des Nationalrates wurde endlich das Sanierungsprogramm der Regierung vorgelegt. Es ist die dritte Fassung, die es jetzt seit seiner Urschrift erhalten hat. Es besteht aus zwei Teilen, einerseits aus einem Gesetz über die zur Aufrechterhaltung der Staats- und Volkswirtschaft der Republik Oesterreich zu treffenden Maßnahmen und einer Beilage: „Reform- und Finanzprogramm“, auf welche im Gesetz Bezug genommen wird. Sowohl das Gesetz als auch das Programm enthalten die bereits bekannten Bestimmungen, nur sind diese womöglich noch allgemeiner gehalten. Die entscheidenden Bestimmungen über die Durchführung sind dort wo es heißt, daß die erforderlichen Bestimmungen zur Durchführung der vorangehenden Bestimmungen in der Zeit bis zum Ablauf von zwei Jahren von der Bundesregierung im Rahmen der Grundzüge erlassen werden, die in dem Reform- und Finanzprogramm enthalten sind. Dann heißt es weiter: „So weit die in dem Programm enthaltenen sonstigen Maßnahmen verfassungsmäßig in den Wirkungsbereich der Bundesregierung fallen, sind sie im Verwaltungswege durchzuführen. Wenn Änderungen oder Ergänzungen im Sinne des Generalsprotokolls notwendig sind, so hat die Bundesre-

gierung die zur Durchführung der Änderungen oder Ergänzungen erforderlichen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten.

Man hatte erwartet, daß der Bundeskanzler heute seine Vorlage wenigstens kurz begründen würde. Es ist aber nicht geschehen. Am Montag wird auf Verlangen der Sozialdemokraten die erste Lesung vorgenommen werden und dabei wird der Bundeskanzler als erster Redner sprechen. Die Sozialdemokraten werden morgen in ihrem Parteirat ihre Taktik festlegen.

Das Urteil im Hermes-Prozess.

Berlin, 4. November. (Wolff.) Im Prozesse gegen die „Freiheit“ wurde der Angeklagte Redakteur Hensel zu 10.000 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Minister Hermes wurde das Publikationsbefugnis auf Kosten des Angeklagten zugesprochen. Das Ergebnis des Prozesses und die Bedeutung des Urteils lassen sich nicht bewerten, solange noch die Urteilsbegründung aussteht. Die Verwandlung der gesetzlich zulässigen Gefängnis- in eine Geldstrafe, namentlich durch ein bürgerliches Gericht, läßt jedoch vermuten, daß Herr Hermes durchaus nicht reinowalden aus dem Prozesse hervorgeht und daß die Anrüchlichkeit des Weingeschäftes auch den verurteilenden Richtern etwas stark in die Nase stach. (D. Red.)

zent, wozu noch die Umsatzsteuer und einhalb Prozent Einfuhrgebühr kommen.

Diese staatlichen Abgaben sind die Hauptursache dafür, daß der Preisabbau im Haushalt des einzelnen nicht so zu spüren ist, als es der Wertsteigerung der tschechischen Krone entspricht. Jahrelang haben sich die breiten Massen der Bevölkerung nicht anschaffen können, jetzt, wo sie ein bißchen Luft schöpfen könnten, nimmt ihnen der Staat durch indirekte Abgaben alles weg, — nicht zu reden von der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit, die Hunderttausende von Arbeitern betroffen hat, und vom Lohnabbau, unter dem die Arbeiter, welche noch Arbeit haben, zu leiden haben.

Es sind wahrhaftig unerhörte Zustände, die in der Versorgung der Bevölkerung Platz gegriffen haben und an denen der Staat schuld trägt. Er verlangt von Fabrikanten und Kauf-

Die Wahlen in Sachsen.

Berlin, 2. November 1922.

Das rote Königreich hat man einst Sachsen genannt. Das Land gibt uns ein Beispiel hochkapitalistischer Entwicklung. Wo man auch hinsieht, überall das Bild industrieller Tätigkeit. Es gibt kaum ein Gebiet der Wirtschaft, das in Sachsen nicht vertreten wäre. In den Bezirken Freiberg und Zwickau werden Steinkohle und auch einige Erze gefördert. In Chemnitz, dem deutschen Manchester, finden wir eine mächtige Maschinen- und Strumpfwarenindustrie. Plauen und das übrige Vogtland liefern ihre Erzeugnisse an Spitzen, Taillstoffen und Gardinen an die ganze Welt. Leipzig hat seinen einzig dastehenden Buchhandel, von nicht geringerer Bedeutung sind seine Metall- und Holzverarbeitenden Unternehmungen. Auch Dresden, die ehemalige Residenz der sächsischen Könige, ist in den lehtvergangenen Jahrzehnten zu einer Hochburg industriellen Schaffens geworden. In Reichen finden wir weltberühmte Porzellan- und Zementfabriken. Ossaachsen bildet beinahe eine Einheit mit dem nordböhmischen Textilbezirk. Selbst auf den Höhen des Erzgebirges ist die Bevölkerung schon seit langem in die Front des Kapitals gelangt.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung hat mit dieser kapitalistischen Entwicklung gleichen Schritt gehalten. In Sachsen haben August Bebel und Wilhelm Liebknecht, haben die bekanntesten Führer der deutschen Sozialdemokratie zuerst und am erfolgreichsten gewirkt, das sächsische Proletariat stellt die größten Organisationen der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung. Bei den Wahlen zum alten Reichstag zeigte sich eine ständig wachsende Mehrheit für die sozialdemokratische Partei. Aber auch die bürgerliche Reaktion war nicht müßig. Die Parteienunterschiede verschwanden fast völlig, gegenüber der „roten Gefahr“ bildeten Konserverne und Liberale eine geschlossene Front. In dem berichtigten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, vom Volksmunde „Reichslügenverband“ getauft, sahen die Bürgerlichen aller Parteischattierungen beifolgender.

Die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung und zum ersten Landtag des neuen Freistaates Sachsen ergaben wieder sozialistische Mehrheiten. Aber die Spaltung des Proletariats verhinderte zuerst, daß sie für die Arbeiter fruchtbar gemacht wurden. Die Sozialdemokratie, die Mehrheitspartei, bildete nach dem Vorbild im Reich eine Koalition mit bürgerlichen Parteien. Die Unabhängigen standen in Opposition, nur eine kurze Uebergangszeit hindurch war im revolutionären Kabinett der Volksbeauftragten eine Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien möglich. Die Not der Zeit, der wachsende Uebermut der Reaktion aber zwang schließlich in Sachsen Sozialdemokratie und Unabhängige zuerst vor den anderen Teilen des Reichs dazu, das zu vergessen, was sie bisher von einander getrennt hatte. Die reinsozialistische Regierung löste die Koalition nach den letzten Wahlen ab. Die Kommunisten erkannten damals an, daß die Herrschaftsgelüste der Bourgeoisie unter allen Umständen zurückgewiesen werden mußten; nach einigem Schwanken erklärten sie sich zur Unterstützung der sozialistischen Regierung bereit.

Unsere Genossen warnten die Arbeiter vor vornherein vor der Illusion, als ob die sozialistische Regierung Sachsens im Handumdrehen alle Räder des Proletariats befeitigen könnte. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß auch eine sozialistische Regierung an die Gesetze des Reiches gebunden sei und daß sie nur in deren Rahmen die besonderen Forderungen des Sozialismus erfüllen könne. Aber soweit ihr die Möglichkeiten dazu überhaupt gegeben waren, hat die sozialistische Regierung Sachsens eine außerordentlich ersprießliche Arbeit entfaltet. Die kommunistische Demagogie behauptet zwar, daß unsere Genossen „Verrat an der Arbeiterchaft“ verübt hätten; ganz abgesehen aber davon, daß die kommunistische Landtagsfraktion bis zur letzten Abstimmung diesen „Verrat“ stets unterstützt hat: wie ist es zu erklären, daß die bürgerlichen Parteien nicht aufhörten, gegen die sozialistische Regierung Sturm zu laufen und keine Gelegenheit veräumelten, um sie zu Falle zu bringen? Die Douceste hatte in der Tat allen Anlaß, nicht die kommunistische Parolenfertigkeit, sondern die praktische Arbeit der Sozialdemokraten zu fürchten. Und kein besserer Dienst konnte der Reaktion geleistet werden als durch das Zusammengehen der Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien, das die sozialistische Regierung ihrer parlamentarischen Grundlage beraubte.

Die sozialistische Regierung hat vor allem den Eta: so ausgestaltet, daß die Interessen der Arbeiter dabei gewahrt wurden. Durch die Ver-

leuten, daß sie billiger erzeugen, und fordert vom Arbeiter, daß er zu einem geringeren Lohn arbeitet, aber von einer Herabsetzung der Verbrauchsabgaben will er nichts wissen. Obzwar sieben sozialistische Minister in der Regierung sind, betreibt diese Regierung eine Wirtschaftspolitik, die gegen die Lebensinteressen der konsumierenden Bevölkerung gerichtet ist. Und der Urheber und die stärkste Stütze dieser Wirtschaftspolitik, der Finanzminister Raschin, wird von den tschechischen Koalitionsparteien, die sozialistischen Parteien unbegriffen, als das Wunderkind betrachtet, das ein gütiges Schicksal der tschechoslowakischen Republik geschenkt hat. Wie mit Blindheit geschlagen ziehen die tschechischen sozialistischen Parteien den Karren einer Regierungspolitik, bei der die Bankgewaltigen rote Baden bekommen und das Proletariat hungert und darbt.

einheitlichung der Steuergesetzgebung im Reich können die einzelnen Länder nur in beschränktem Umfang sich eigene Einnahmequellen erschließen. Es ist ihnen insbesondere unmöglich, die bestehenden Klassen bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu den Staatslasten heranzuziehen. Daß die sozialistische Regierung Sachsen innerhalb dieser Grenzen ihre volle Schuldigkeit getan hat, wurde auch von den Kommunisten dadurch bezeugt, daß sie dem Etat für 1921 ebenso wie dem für 1922 zustimmten, während ihn die bürgerlichen Parteien beidermale ablehnten. Parteikämpfe wurden mit den bürgerlichen Parteien in allen Beamtenfragen geführt. Die Bourgeoisie will den bürokratischen Apparat auch unter einer sozialistischen Regierung fest in der Hand behalten, deshalb setzte sie im Landtag allen Versuchen, das Beamtentum zu demokratisieren und es in lebendige Verbindung mit dem Volke zu bringen, den bestmöglichen Widerstand entgegen. Der Anfang wurde trotzdem gemacht, um die sächsische Bürokratie ihres früheren reaktionären Charakters zu entkleiden; wo die Möglichkeit dazu bestand, sachkundige und zuverlässige Arbeitervertreter unter Umgehung des alten Karriereweges in die einflussreichen Beamtenposten gesetzt.

Die Hauptreinigungssache muß in dieser Beziehung freilich in den Gemeindefragen geleistet werden. Um die Möglichkeit dazu zu geben, legte die Regierung den Entwurf einer Gemeindeordnung vor. Dazu kamen eine Reihe von Vorlagen auf dem Gebiete des Schulwesens und der Justiz. Der Nord an Rathenau gab der sozialistischen kommunistischen Mehrheit die Gelegenheit, vom Reiche zu fordern, daß es endlich eine gründliche Reinigung aller seiner Einrichtungen von den reaktionären Elementen vornehme. In den eigentlichen Arbeiterfragen ging die sozialistische Regierung Sachsen allen anderen Ländern mit gutem Beispiel voran. Sie nahm sich der Erwerbslosen an, sie sorgte für die Sozialrentner, sie gab den Arbeitern und Beamten im Staatsdienst die bestmöglichen Löhne und Arbeitsbedingungen, sie zwang die Unternehmer zur Durchführung der Sozialgesetze. Als der Landtag durch die Schuld der Kommunisten aufgelöst wurde, da mußte, neben einer Reihe anderer Vorlagen, auch der Entwurf zu einem Gesetz über Arbeitnehmerkammern unermüdet liegen bleiben; die von den Gewerkschaftsorganisationen und den Betriebsräten zu bildenden Kammern sollten die Interessen der Arbeiter im Wirtschaftsleben vertreten und zu den sie berührenden Gesetzen gutachtlich gehört werden.

Bei der Wahl am Sonntag wird nun nun zu zeigen haben, ob die Arbeiter Sachsen, getreu ihrer Geschichte in der deutschen Arbeiterbewegung, diese Arbeit zu würdigen wissen oder ob sie, verwirrt durch das Glend unserer Zeit, der bürgerlichen oder der kommunistischen Demagogie zum Opfer fallen werden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat ihre Front im Wahlkampf gegen rechts gerichtet und sich nach der anderen Seite auf die Abwehr der verlogenen und gehässigen Angriffe beschränkt. Die Kommunisten dagegen schienen keinen anderen Gegner zu kennen als die Sozialdemokraten. Kein Mittel war ihnen zu schlecht, keine Lüge zu plump, um mit ihr nicht unsere Partei zu begeistern. Die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien schenken sie wie das verbrannte Kind das Feuer, dagegen machen sie, wo es nur ging, die sozialdemokratischen Versammlungen zu Tummelplätzen winter Nubans. Sie erwiesen sich auch hierbei als Helfer der Reaktion.

Unsere Partei sieht dem Wahlausgang mit Zuversicht entgegen. Sie hat ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse auch in der Regierung getan und sie vertraut darauf, daß sich die alte sozialistische Erziehungsarbeit in Sachsen auch diesmal bewähren wird.

Inland.

Schlechte Erfahrungen mit den Kommunisten haben die tschechischen Nationalsozialisten in Mähren gemacht. An einigen Orten, z. B. in Austerlitz, sind sie bekanntlich der kommunistischen „Einheits“front aufgefressen und haben mit den Moskauern zusammen Abwehrschiffe gebildet. Aber die Fremde der Kommunisten soll nicht zu lange gedauert haben. Die vorseitige „Socialisticka Budoucnost“ bringt nämlich folgende Nachricht: „Der Ausschuss der Einheitsfront in Austerlitz ist auseinandergegangen, und zwar wegen unvaloren Verhaltens seiner kommunistischen Mitglieder. Die Austerlitzer Nationalisten haben bereits einige Wochen nach Gründung des Ausschusses die Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit Leuten, denen die Reinheit der sozialistischen Ueberzeugung fehlt, gewonnen und erkannt, daß der beste Weg zur Einheit der sozialistischen Bewegung durch dringende Erziehungs- und organisatorische Arbeit im Rahmen der Partei ist.“ — Die Kommunisten haben also auch bei den tschechischen Nationalsozialisten Schiffbruch erlitten.

Einführung der Gewerkschaften in der Slowakei. Das Amtsblatt der Tschechoslowakischen Republik veröffentlicht eine Regierungsverordnung vom 26. Oktober 1922, mit welcher die Gewerkschaften ab 1. Jänner in den Gauen 15 bis 20 (Slowakei) zur Einführung gelangt.

Vom Faschismus begeistert ist außer den nationaldemokratischen „Narodni Listy“ auch die Brünnener kommunistische „Roknost“. Diese schreibt nämlich: „In den „Narodni Listy“ lesen wir, daß die Faschisten im Parlament kaum fünf Prozent der Abgeordnetenmandate besitzen; dennoch aber bekommen sie fast die gesamte staatliche Macht in die Hand. Wenn es in Italien möglich ist, daß fünf Prozent der faschistischen Abgeordneten die wichtigsten Staatsämter in die Hand bekommen, dann ist augenscheinlich, daß wir auch bei uns, ohne daß wir unbeschrieben wären, bei dem Stimmenverhältnis, welches sich im tschechoslowakischen Parlament zwischen den sozialistischen und anderen Stimmen vorfindet, auf dasselbe Anspruch hätten.“ Weiter erklärt die „Roknost“, daß der Faschismus am besten zeige, welche Methoden nötig sind, um bei uns die Arbeiterregierung einzuführen. Die „Roknost“ hat hier die Meinung ihres Prager Zentralorgans, daß aus den Ereignissen in Italien eine Lehre gezogen werden müsse, nicht beachtet. Oder sollte vielleicht die Lehre, die das „Nude Bravo“ aus den Ereignissen in Italien gefolgert hat, derart bescheiden sein?

Neues aus dem Versorgungsministerium. Im Versorgungsministerium wird, dem „Ceste Slovo“ zufolge, neben einer Reorganisation durchgeführt. Sie besteht vor allem in einer Erweiterung dieser Zentralbehörde, nicht aber was das Personal, noch auch was die Zahl der Abteilungen betrifft. Die neue Organisation des Ministeriums soll insbesondere in Preiskontrolle ermöglichen und zum Rückgang der heurigen Teuerung beitragen.

Kolonie Oesterreich.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

In einem Artikel, der „Die Kolonisierung Mitteleuropas“ aufzeigt, hat Emil Lederer (Reidelberg) auf den grundlegenden Unterschied hingewiesen, der die Kolonialkolonie von der Kulturkolonie trennt: handelt es sich dort, im Referat, vorwiegend um die Ausbeutung von Naturprodukten, so hier, im Industriegebiet als Kolonie, hauptsächlich um die Ausbeutung der Arbeit-

kraft. Aus ihr will das ausländische Kapital des Herrenstaates seine Profite pressen, indem es sich des inländischen Kapitalisten der Kolonie als seines Schwiegervaters und Eintreibers bedient — ein Dienst, zu dem das inländische Kapital, das seine Würde mit seiner Währung aufgegeben hat, um den Preis einiger Prozente gerne bereit ist.

Es ist von tragischem Interesse, die Richtigkeit dieser Beobachtung an jenem Exempel nachzuprüfen, daß sich eben in der ersten europäischen Kolonie des internationalen Finanzkapitals — die nicht seine letzte sein wird — in Oesterreich begibt. Der Genfer Vertrag, der die österreichischen Formen der Kolonisierung des Völkereichs festsetzt, bildet nur den Rahmen; lehrreicher ist der Blick auf jenes „Finanz- und Sanierungsprogramm“ der österreichischen kapitalistischen Regierung, das diesen Rahmen ausfüllen soll, indem es die „Sanierung“ genannte Kolonisierung auf Kosten der österreichischen Arbeiter vollzieht.

Man braucht bloß zu betrachten, wie da etwa unter dem Titel „Ersparungen“ sich der Versuch verbirgt, mit den Ertragsverlusten der Arbeiterklasse aufzuräumen. Ersparungen im Staatsdienst — das bedeutet Entlassungen von Beamten ohne und gegen die Beamtengewerkschaften, weil ja gerade hier der Einfluß der Organisation, die die Beamtenschaft allmählich ins sozialistische Fahrwasser hinüberzuführen drohte, den Stein des reaktionären Anstoßes bildet. Ersparungen in der Verwaltung — das soll die Vollmacht für die Regierung bedeuten, sogar das Gerichtsverfahren durch bloße Verordnungen abändern zu können. Ersparungen — das kündigt sich bescheiden an als „Einschränkung der Werbungen für das Bundesheer“, dessen republikanischer und proletarischer Mannschaftsstand ohnedies weit unter dem im Friedensvertrag festgesetzten Maß liegt, indes sein reaktionäres Offizierskorps weit über dem Stand ist, ohne daß doch das sonderbare Sanierungsprogramm den Abbau eines einzigen überflüssigen Offiziers vorsähe. Ersparungen, Ersparungen — das beginnt bei den Bundeserziehungsanstalten, jenen Schöpfungen der österreichischen Schulreform, die das Bildungsprivileg der Bestehenden beseitigen helfen sollten, beim Volksbildungsrat, bei den Agrarbehörden, die die Landwirtschaftskultur heben sollten, bei der Sozialisierungskommission. Es ist nicht schwer zu erraten, wo solches Beginnen enden soll.

Oder werfen wir einen Blick auf die Einnahmenseite des famosen Finanzplans. Da ist — bei sonstiger Strafe der Verschönerung an das Privatkapital — den Staatsbetrieben nicht nur die Selbstkostendeckung vorgeschrieben, sondern da sind darüber hinaus gewaltige Gezzinne aus den Monopolariteln vorgesehe, die bei Salz allein eine Belastung von 25.000 auf den Kopf und das Jahr bedeuten würden, beim Tabak gar einen Prozentigen Reingewinn in der Höhe des Vorkriegsertrages, das sind 1750 Milliarden Kronen (beinahe zwei Billionen!) bringen sollen. An Besteuerern ist lediglich die Erhöhung der lächerlich gewordenen Grundsteuer und eine einzige neue Steuer in Gestalt einer laufenden Vermögensabgabe bis zum Höchstbetrag von drei Promille geplant; dafür Erhöhung aller indirekten Abgaben und Zölle, Steigerung der als direkte Steuer verkleideten indirekten Abgabe vom Wohnverbrauch, der Hauszinssteuer, auf das Mehrhundertfache der Friedensmieten und Einführung der allgemeinen und unerträglichsten Verbrauchsabgabe, der Warenumsatzsteuer im Betrag von 2 Prozent von jedem Umsatz, also 8 bis 12 Prozent von jeder Ware. All dies, wohlgemeint, sind Pläne für eine Periode, in der die Arbeitslosigkeit, die sich schon jetzt furchtbar ankündigt, in rapidem An-

wachsen sein muß, in der also steigende Steuern, erhöhte Mietzinsen und Monopolpreise mit schwer zu verteidigenden oder gar sinkenden Löhnen zusammenstreffen. Hat doch schon jetzt die schwache Preislenkung, die erste psychologische Wirkung des Sanierungsversprechens, bereits wieder einer rückläufigen Bewegung Platz gemacht, indes die Unternehmer — vor allem die der führenden Metallindustrie — bereits von Lohnherabsetzung zu reden beginnen. Kein Wunder, daß jungst das Regierungsorgan der österreichischen Christlichsozialen, die „Reichspost“, den österreichischen Kapitalisten ausdrücklich „mandes Gute“ von der kommenden Arbeitslosigkeit verhielt!

Darum verfährt es diesen Kapitalisten auch nicht, daß ihnen selbst bürgerliche Sachverständige die absolute Undurchführbarkeit großer Teile dieses Finanzprogramms, die geradezu lächerliche Fivolität seiner Ziffern vorrechnen. Die Steuererträge, mit denen es operiert, indem es einfach lineare Multiplikationen vornimmt, sind aus einer Volkswirtschaft nicht herauszuholen, der man gleichzeitig durch Zölle die Produktionskosten steigert durch Senkung des Geldwertes die Industriekrisis zuzieht und durch alle Mittel die Senkung der Reallohne zuzieht. Zu erwarten, daß bei kolossal steigenden Mieten und einer zehnprozentigen Profitesteuer unter gleichzeitigem Lohnrückgang durch Arbeitslosigkeit etwa — der Tabaksumum gleichbleiben werde, heißt auf dem Papier abbieren, was sich in Wirklichkeit aufhebt. Und es gibt wahrlich besser fundierte Staatswirtschaften — ohne einen Billionen-Banknotenumlauf und ein Mehrhundertmilliarden Defizit — bei denen die Vorpiegelung einer Sanierung binnen zwei Jahren ein uneinlösbares Versprechen, eine angelegte Utopie wäre!

Aber was immer von dem Sanierungsprogramm des Herrn Seipel blauer Bluff sein mag und wieviel etwa selbst durch den energischen Kampf der Sozialdemokratie an seinen arbeiter Absichten zu mahigen gelingen mag — das österreichische Bürgertum will soviel von diesem Programm und wird davon soviel zu realisieren trachten, als gegen die Arbeiter durchzuführen geht. Herr Seipel, seinen Instinkten nach ein „vaterlandsloser Geselle“, Repräsentant der internationalen katholischen Kirche, wirkt seiner Mission nach hier als Exponent der internationalen Konterrevolution. Die Welle der bürgerlichen Reaktion, die gegenwärtig als der gefährlichste übermüde Rückschlag nach der ersten sozialen Revolutionenepoche über Europa hingehgt, gibt die Richtung an, in der sich die bürgerliche „Sanierung“ Oesterreichs ganz im Einklang mit der Wiederaufrichtung der Weltbourgeoisie bewegt. Eben jetzt hat die bürgerliche Diktatur in ihrer blutigsten Form sich Italien unterworfen; eben jetzt bangt die Welt davor, daß ihr nächstes Opfer Deutschland sein könnte. Auch die Kolonisierung Oesterreichs, die nach ihren Verträgen und Programmen die österreichische Arbeiterklasse vermehrter Ausbeutung unterwerfen will, ist nichts als eine Form der Konterrevolution.

Ausland.

Staat und Kirche in Sachsen.

Die in allen Ländern Europas notwendige und nirgends energisch in Angriff genommene Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche will auch in Deutschland nicht recht vorwärts kommen, weil das katholische Zentrum durch den Reichskanzler in der Regierung ausflagelgebenden Einfluss besitzt. Nur wo die Sozialdemokraten entscheidend mitzureden haben, ging man energisch an einen Lösungsversuch des Problems. Beispielsweise hat die sächsische

Der Herrend Böse.

Von Bela Révész.

Eingl berechnigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

Ein großes Ordinationszimmer, wo kranke Arbeiter behandelt werden.

Aus langen Tischen und in Glasbehältern rundaufgewidelte rosafarbene Pflaster, Verbandzeug, Watte, in offenen Schränken schlante, großbüchige, schraubversehene ärztliche Instrumente, auf der Zieltage ein in Leder gebundenes mächtiges Kontrollbuch, in bis an die Knöchel reichenden weißen Mänteln Männer, Frauen, und in der Luft herber, durchdringender Medizinerruch.

Die Tür öffnet sich, ein Arbeiter tritt ein, für einen Augenblick wird in der Türöffnung eine umgebüllte, sich drängende Schaar sichtbar.

Der Arbeiter tritt gemondt vor den weißgewandeten Arzt hin, sein Gesicht ist fahl, mühselig, lächelt aber trotzdem:

„Ich bin wieder hier, an'diger Herr...“

Er schließt den über die Schulter geworfenen Rock ab, sein rechter Arm kommt zum Vorschein, ist vom Gelenk bis hinauf zur Achsel eingeseilt, er zittert, windet sich, derweil der Arzt den Verband löst:

„Antustung... Überarm...“

Der jüngere Weisgewandete trägt all'dies in das lebergebundene Buch ein, der Arzt schneidet mit der stinken Schere, lodert die Serpentine des Verbandes von hier und von dort, rüchellos mit gummibehandschuhter Hand die blutgeschwarte Watte zernählend:

„Nißwunde... Unterarm...“

Der Arbeiters zertrümmerte Hand hängt naht, verunstaltet, in bläuliger Geschwulst vor dem Arzt, der die kleinen Fleischstücke ordnet, fortschafft, ausfädet, mit dem widerspenstigen Arbeiter ein Gespräch beginnt:

„Weshalb geht ihr nicht Arbeit?... Wehhalb geht ihr nicht Arbeit... Jetzt sind Sie hier...“

Auf dem Sessel sitzend, brummt röchelnd der Arbeiter; der Arzt spricht schreiend, fragt, befehlt:

„Wie ist es geschehen?... Freilich... Freilich...“

„Na, das schmerzt ja gar nicht so sehr...“

Von des Arbeiters grünem Gesicht strömt der Schweiß, er brummt murrend, den Arm immer wieder zurückzerrnd, und röchelt zwischen den knirschenden Zähnen:

„Das Rad...“

„Das Schwungrad...“

Reihenfolge, Ordnung erzimmern die dranghen Wartenden, der zweite, der fünfte Arbeiter sührt zur Tür herein, der eine hat die Brust eingewickelt, dem zweiten wird vom Kopf der Wattedurban gerollt, der dritte zeigt die Achsel, eine eitrige, blutige Grube über den Rippen, der Arzt hält in seinen hastigen Bewegungen inne, sagt seinem über das rote Buch geneigten Kollegen etwas, nun betrachten beide den kranken Arbeiter; nicht die Wunde, sondern seinen Mund, seine Junge wrißen sie. Der Bebrillte legt seinen Kopf an die Brust des eingeschüchterten Mannes, zankt wohlwollend und gereizt über dem abgezehrten Körper:

„Rungenkrank...“

„Ein solcher Mensch muß auf sich besser achtgeben... Jetzt sind Sie hier...“

„Eine solche Wunde heilt langsam...“

„Wie ist es geschehen?...“

Des verwirrten Arbeiters Bild verzieht die Frage nicht, er staut den Arzt erschrocken an, schwißt, leucht, spricht schlücht:

„Die Maschine...“

erkärt erschüttert:

„Die Maschine...“

Weiber, Kinder kommen, mit verbundener Hand, eingewickeltem Arm, ein kleines blondes Mädchen weint und steht zitternd vor dem Arzt, die rechte Hand in die linke einwühlend. Der Verband ist ganz frisch, und derweil er langsam gelöst wird, sprechen schwarze Rosen auf den Bindungen der Fätsche; auf des Mädchens zer-rissenen nackten Fingern treiben Nachtrieb-Finger. Der Bebrillte plaudert, lächelt, handelt schreiend, des Mädchens weiche Zähne klappern vor Kälte, es denkt an Vernichtung, Heimat, Gott, und antwortete ohnmachtsnahe:

„Die Maschine...“

„Der Webstuhl...“

Ein strammer Bursche bringt seinen Schenkel, sein nackter, muskulöser Körper neigt sich in die Richtung der Quetschung, der Arzt schmalzt fast, dreht die schlante, statuelle Gestalt nach allen Seiten, entdeckt die große Narbe auf dem Arm, fragt; der Arbeiter antwortet:

„Die Transmission...“

Auf der Brust eine Narben-Wiese; der Arzt erkundigt sich. Der Arbeiter etwas led:

„Der Kessel...“

Der Bebrillte unterfucht des Armes Narben-Inschriften, staunt; der Arbeiter lächelt, zählt mit ungestümmter Lust auf:

„Die Kette...“

„Das Messer...“

„Die Walze...“

Der Arzt gleitet zu dem gequetschten Schenkel hinunter, ist frohen Mutes, eifert den Arbeiter an, betastet den nackten Körper:

„Ankrant verdirbt nicht...“

Er ordnet das herabhängende Fleisch, die Knochenpfitter; der Arbeiter röchelt:

„Nach dies hat die Maschine getan...“

„Alles tut die Maschine...“

Die Karawane kommt dahergezogen, wandert weiter; diesem blutet der Kopf, jener hat die Schulter zerrissen, hier krankheitsgeschwellte knospende Brüste, dort gebrochene Hände, zersämeterte Arme, versengte Schenkel; sie reihen sich vor mir aneinander, und ich vernehme die verschredte, leuchtende, vergrämte Meldung:

„Der Dampfhammer...“

„Die Siebwalze...“

„Die Maschine...“

Wer ist dieses eberne Ungeheuer, das mit seinen sich drehenden Armen lebendiges Fleisch an sich reißt? mit seinen haspelnden Rabern Weizen, Hauf und knorrige Finger zusammenknetet? auf Riemen und Ketten Ungezwichte treibt und des Arbeiters abnungslosen Arm an sich reißt? pfaucht, heult, flammte an Flamme entlodert, deren Stachel in des Arbeiters preisgebene Augen bläst? die bligen Schweiden mit Blut tränkt, die Gebärmutter zerreiht, daß nur so fröh, Ohr und alles dahinsliegt, was zum Menschen gehört?

Wer ist dieser Herrend Böse? unter schmetternden Kränen, in der Schmelzöfen schwarzem Glanz, in schwüler Wertstätten und mehligter Burgen dröhnender Nacht?... Wer ist er?...

Regierung in der jüngsten Zeit einige Verordnungen erlassen, die als ein Fortschritt zu buchen sind. Es ist künftig verboten, Schulgebote vor Beginn des Unterrichts zu sprechen. Das die Kinder zu Hause tun oder wozu sie zu Hause angehalten werden, das geht die Allgemeinheit nichts an. Der Schulbetrieb aber, der Angehörige aller Konfessionen und Ansichten umfasst, muß vom Gehaltszwang frei sein. Ebenfalls ist es künftig statthaft, daß Kinder an religiösen, aber nicht staatlichen Feiertagen der Schule fernbleiben. Auch die Friedhofsordnung ist einer gründlichen Revision unterzogen worden. Gegen diese Verordnungen wie gegen den gesamten Kurs des sächsischen Kultusministeriums, der auf Trennung von Staat und Kirche in allen in Frage kommenden Angelegenheiten eingestellt ist, wenden sich schon seit langem in Sachsen in höchst erbitterter Weise die Kirchenkreise. Sie mobilisieren die Kinder in den Schulen, damit die ministeriellen Verordnungen sabotiert werden. Der christliche Elternverein einer Leipziger Schule hat sogar schon Vorbereitungen zu einem allgemeinen Schulstreik getroffen, der gerade noch vor der sächsischen Landtagswahl inszeniert werden soll. Schließlich hat die evangelische Landesynode die angeblich bedrohten Kircheninteressen und die vermeintlichen „wohl erworbenen Rechte“ der Kirche in einer scharf zugespitzten Erklärung verteidigt. Alle Männer und Frauen werden aufgerufen, für die Heiligtümer ihres Glaubens einzutreten, sich dazu den evangelischen Organisationen anzuschließen und deren Bestrebungen kräftig zu unterstützen.

Tatsächlich will das Kultusministerium, gegen das mobilisiert wird, lediglich unberechtigte Privilegien beseitigen. Die Kirche hat sich jederzeit gegen Andersdenkende unduldsam und gehässig gezeigt. Deshalb muß der Schulbetrieb ihrem Einfluß entzogen werden, und für das Begräbniswesen gilt dasselbe. Den Herren, die immer zu predigen wußten, daß man der Obrigkeit (versteht sich: einer reaktionären) gehorchen müsse, wird es sehr gesund sein, einmal am eigenen Leibe zu spüren, wie wohl dieses „Parieren“ einem gelegentlich tun kann.

Die italienische Sozialdemokratie und die Faschisten-Diktatur.

Die Parteileitung der italienischen Sozialdemokratie verwarf sich, der „Prager Abendzeitung“ zufolge, in einem Manifest an die Arbeiterschaft dagegen, daß die neue Regierung ihrer Verpflichtung, die Finanzen und die Volkswirtschaft wieder in die Höhe zu bringen, etwa dadurch gerecht werde, daß sie die ganze Last auf die Schultern der Arbeiter lege, durch Ersparnisse in den Arbeiterschutzgesetzen und durch Befreiung der kapitalstarken Kreise von ihren Steuerpflichten. Das Manifest prophezeit dann, daß der Faschismus bald eine ungeheure Vermehrung der Ausgaben für Flotte, Armee und Luftschiffahrt bringen werde und gibt am Schluß den Arbeitern den Rat, sich ruhig zu verhalten. Die sozialdemokratische Partei werde in ihrer protestierenden Haltung verbleiben in der Erwartung, daß aus dem Schiffsbrunn des liberalen parlamentarischen Systems bald die neue Morgenröte des Sozialismus anbrechen werde.

Deutschnationale „Erfolge“ in Teplitz.

Sturz des deutschnationalen Bürgermeisters durch die Deutschnationalen unter Führung Lodgman. — Sprengung der Schnitzler-Vorlesung durch die Sakentkrenzler.

Der Bürgermeister von Teplitz, Dr. Walther, hat an den Genossen Krenker, der erster Bürgermeisterstellvertreter von Teplitz ist, unter dem 4. November einen Brief geschickt, in welchem er mitteilt, daß er seine Stelle als Bürgermeister der Stadt Teplitz-Schönan niederlegt und aus der Stadtvertretung austritt. Der Rücktritt des Teplitzer Bürgermeisters ist erfolgt, weil in einer Parteiversammlung der Deutschnationalen der Bürgermeister Dr. Walther angegriffen worden war, daß er, obwohl unter Protest, einen Auftrag der politischen Behörde ausgeführt hatte, nach welchem am 28. Oktober am Teplitzer Stadthaus eine Staatsflagge gehißt werden mußte. Der Sturz des Bürgermeisters durch seine eigenen Parteifreunde erfolgte unter höchst persönlicher Mitwirkung des deutschnationalen Führers Dr. Lodgman. Nun weiß man also, wie der außerparlamentarische Kampf der Kampfgemeinschaft aussieht, der in der letzten Zeit so oft angelündigt wurde.

In Teplitz hat die Kampfgemeinschaft in ihrer Art zwei „bedeutende Erfolge“ errungen. Während Lodgman den Bürgermeister von seinem Stuhle stürzte, stürzten gleichzeitig die jungen Sakentkrenzler eine Vorlesung des Dichters Arthur Schnitzler. Der deutschnationale Bürgermeister wurde gestürzt, weil er nach Meinung der Deutschnationalen zu wenig Radikalität gegenüber den Staatsbehörden zeigte, der Dichter Arthur Schnitzler wurde niedergebürstet, weil er ein Jude ist.

Der Sturz des Bürgermeisters konnte also umso leichter erfolgen, weil die beiden anderen deutschnationalen Stadtratsmitglieder Dr. Schubert und Fürst „berußlich verhindert“ waren, an jener Sitzung des Stadtrates teilzunehmen, in der sie gegen die Besetzung hätten Stellung nehmen können. Lodgman konnte daher in seiner Rede in der deutschnationalen Parteiversammlung Dr. Walther in eine Linie mit den Sozialdemokraten

stellen, die nach Lodgmans Meinung eine „nicht genügend entschiedene Haltung“ in der Sakentkrenzlerfrage eingenommen hätten. Er führte hier ein angebliches Beispiel von Kallig an, wo unser Genosse Bürgermeister Pözl mit allen anderen sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern freiwillig die tschechischen Straßentafeln eingeworfen hätten. Heute gibt aber Lodgman in den Teplitzer Blättern eine Erklärung ab, in der er sagt:

„Ich habe in meinen Ausführungen in der Parteiversammlung am gestrigen Tage davon gesprochen, daß die Stadtgemeinde Aufträge angeblich beschaffen hätte, doppeltsprachige Straßentafeln anzubringen, obwohl sie keine 20 Prozent Tschechen aufweist und daher hierzu nicht verpflichtet wäre. Ich werde jedoch darüber aufklären, daß diese Behauptung unrichtig ist und daß die Stadtgemeinde vielmehr im Herbst dieses Jahres beschloß, bei der alten Bezeichnung der Straßen und Plätze zu verbleiben. Ich stelle fest, daß ich mich beim Bürgermeisteramt in Auftrag gestellter telefonischer Erkundigung hatte, ob die Stadt tatsächlich doppeltsprachige Tafeln anzubringen gedenkt. Daraufhin wurde mir mitgeteilt, daß ein Auftrag der Bezirkshauptmannschaft vorliege, und daß die Stadt diesem Auftrag nachkommen werde. Auf meine Rückfrage, ob dies geschehen werde, obwohl in Auftrag keine 20 Prozent Tschechen wohnen, wurde mir geantwortet, daß die Anbringung trotz dieses Umstandes erfolgen werde. Nunmehr stellt es sich aber heraus, daß ich von Straßentafeln gesprochen habe, während mein Gewährsmann Dr. Kallig im Sinne hatte. Bei dieser Sachlage halte ich es für meine Pflicht, festzustellen, daß meine Ausführungen grundlos gewesen und nur auf das geschilderte bedauerliche Mißverständnis zurückzuführen sind und es ist selbstverständlich, daß ich sie daher mit allen daran geknüpften Bemerkungen bezüglich des Vorgehens der Stadtvertreter Aufstige und des Bürgermeisters Pözl zurücknehme.“

Die erste Tat der neuen Taktik der Kampfgemeinschaft war daher kein Angriff auf die Tschechen oder die Regierung, sondern auf die eigenen Parteigenossen. Nach diesem ersten „außerparlamentarischen“ Auftreten der Deutschnationalen kann man sich ein ungefähres Bild von den Zuständen machen, die diese Gesellschaft herbeiführen will. Lodgman hat seine bessere Vergangenheit längst begraben und wandelt auf den Spuren A. S. Wolfs. Die Zeiten, in denen Gaukler und Volksbetrüger von dieser Sorte Triumphe feiern konnten, sind aber endgültig vorüber. Lodgman wird also gewiß keine „Wanzzeit a la Judentanz“ erleben, sondern er wird hoffentlich möglichst bald — die deutschen Arbeiter werden dazu rechtlich beitragen — dasselbe Ende nehmen wie sein „großes Vorbild“.

Tages-Neuigkeiten. Stinkende Grün- und Gelbgale.

Wenn zwei Reiter im Kampfe aneinanderprallen, gibt's neben „Schwertgeklirr“ meistens auch Staub. Und wenn die edlen Ritter von Palm und Ar mit den gelben Strauchrittern zusammenstoßen — was leider hohe Politik jetzt öfters zur Notwendigkeit macht — ist weniger Staub als vielmehr jener zähe, störrische, überleuchtende Stoff zu bemerken, der dem Sunypf eigen ist. Der Gestank ist schwer zu unterdrücken.

Der Duzer „Tag“ brachte vor Wochen die Meldung, der deutschböhmerische Abgeordnete Krepel wäre Jagdgast des Präsidenten Masaryk gewesen. Die „Deutsche Landpost“ bot 10.000 Kronen für die Erbringung des Wahrheitsbeweises. Der „Tag“ schwieg vier Wochen, dann meldete er endlich, daß es sich „nur um ein Gerücht handelte, das jeder realen Grundlage entbehrt“, daß die „Information“ aber von einem Prager Parlamentarier stamme, also glaubwürdig war und daß die Geschichte, nach der „Lendenhaken Politik“ Krepels doch im Bereiche der Möglichkeit lag. Diese „lokale“ Nichtigstellung schließt mit den Worten, „daß die Deutschen Bayern nicht in die L. tschechoslowakischen Jagdschlösser gehören.“ — Die Nichtigstellung ist so abgefaßt, daß das Odium an Krepel haften bleibt, woraus zu ersehen ist, daß die Gelben ihren gegen uns gewohnten Kampf der Gemeinheiten und persönlichen Verdächtigungen auch gegen die Gefährten ihres eigenen parlamentarischen Verbandes treulich zu führen verstehen. Und nun fällt die „Landpost“ wie eine Wunde über den „Tag“ und den Prager Parlamentarier her, mit dem Krepel vielleicht heute schon wieder vertraulich beisammenißt. Der deutschböhmerische Abgeordnete erhält von seinem Kollegen folgende Zusätze: „Unterstellung, Lüge, Verleumdung, Persiflage, „Ehrenmann“, Schelm usw. Und ganz zum Schluß wird den Sakentkrenzlern noch zu verstehen gegeben, daß sie „einer politischen Richtung angehören, die mit Phrasen allein dem deutschen Volke zu helfen vorgibt“.

Diesem Urteil stimmen wir zu. Da sind doch die Deutschen Agrarier ganz andere Kerle! Sie helfen dem deutschen Volke immer, gleichviel ob es durch ihre Mißgunst während des Krieges verhungerte, oder ob heute die Arbeitlosen durch beachtete Einführung von Pölen, dank den Agrariern, das letzte Stüd Brot verlieren sollen.

Die Arbeiter und die proletarischen Bauern und Häusler wissen, was sie von den Gelben und was sie von den Grünen zu halten haben. Mit Ekel sehen sie, welcher Schmutz zu Tage kommt, wenn die beiden einander in ihren Zämpfen bekämpfen — und überlassen sie dem eigenen Gestank.

Na, jetzt sind die Deutschbürgerlichen aus dem Wasser. Wir wissen es vollumfänglich zu würdigen, welche schwere Sorgen die deutschbürgerlichen Politiker in diesen Tagen drücken. Oder glaubt etwa jemand, daß es so leicht sei, dem Volke, das doch nur diese eine Hauptfrage hat, begreiflich zu machen, wie tief der Gegensatz zwischen den Krepeln und Lodgmännern und wie notwendig diese Scheidung der „Geier“ ist? Das ist keine kleine Sache und es muß anerkannt werden, daß sich die Herren und ihre journalistischen Gefolgsmänner rechtlich Mühe gegeben haben, der gesamten deutschen Bevölkerung — denn die kommt doch hier in Betracht — derart Augen und Ohren zu öffnen, daß ihr kein „Wendepunkt“ und kein „Trompetenschlag“ entgeht. Während nun die — Gut ab! — die Geister an beiden Enden ihres Stranges ziehen, hat einen Ruhestehenden plötzlich eine wahrungige Furcht befallen, der Zwang könnte zerreißen. Und in seiner Todesangst ist ihm da — dem deutschen Bürgertum zum Glück — eine geradezu göttliche Erleuchtung gekommen. Das deutsche Bürgertum wird ihm auf den Knien danken, obgleich er mit seinem glänzenden Einfall erst herausrückte, als der Strang schon zerrißen war. Nun setzte er sich aber flugs hin und schrieb der „Reichenberger Zeitung“ einen Leitartikel unter dem aufsehenerregenden Titel: „Unnötige Zerrissenheit“. Die Sache ist so einfach und doch ist sie bisher niemandem eingefallen: die Scheidung in „Aktivist“ und „Negativist“ ist ja gar nicht notwendig und wenn man trotzdem daran festhalten will, so tut das auch nichts; man braucht ja nur eine „Titeländerung“ vorzunehmen, soll von „Aktivist“ und „Negativist“ nicht mehr sprechen und einfach „eine einzige deutsche Partei“ gründen, durch die absolut „keine Änderung im Wesen des Deutschen parlamentarischen Verbandes“ eintritt. Diese einzige Partei hat dann weder „Aktivist“ noch „Negativist“, sondern „Revisionsist“ zu heißen. — Glanzend, geht? Und so einfach! Fast wie das G des Kolumbus. Man kann sich vorstellen, wie diese Entdeckung einschlagen wird. Aller Streit und Kummer ist mit einem Male begraben, durch ein einziges Wortchen: „Revisionsist“. Na jetzt sind die Deutschbürgerlichen wirklich aus dem Wasser. Wir gratulieren. Hoch die Revisionsisten!

Die Sittlichkeitsapostel von Teplitz. Die Reaktion, die sich jetzt in allen Ländern so wild und widerlich breitmacht, ist mit dem Sittlichkeitsapostel eng verknüpft und zwar mit Befensnotwendigkeit. Seit den Tagen der gottseligen Pharisäer marschierte der Rückschritt immer unter dem Banner der bedrohten Ordnung und Sitte, Schnüffler, Wucher und Massen waren stets seine liebsten Soldaten. Augenblicklich marschieren sie sich christlich und teutonisch: in Deutschland nimmt der Unsittlichkeitsvernichter Professor Brunner, unbekannt um die unzähligen Blamagen, die ihm Tag für Tag zuteil werden, den arischen Reden, in Teplitz treten die germanischen Jungmänner in seine Fußstapfen und schlagen nach dem hohen Vorbild ihres Meisters Arthur Schnitzler, den Verfasser der Szenenfolge „Reigen“, nochmals tot und mit denselben Erfolge: der Dichter lebt fort und die, die ihn moralisch ermorden wollen, machen sich auf den Tod lächerlich. Was soll der ganze „Reigen“ rümmel? Ist es wirklich solch ein Verbrechen, mit dichterischer Zurückhaltung zu schildern, wie der Geschlechtstrieb manches Pärchen zusammenführt und daß sich manchmal der Kreis der in „Liebe“ Verbundenen selbstsam rundet? Haben die teutonischen Jungmänner und Jungfrauen noch nie im stillen Kämmerlein mit einem Vertreter des anderen Geschlechtes etwas zu tun gehabt, oder finden sie es bloß unmoralisch, das zum Gegenstand der Dichtung zu machen, was einen im Leben häufig ergötzen kann? Wie reimt sich Bräuerie zur „offenen deutschen Art“, wie Jesuitismus zu dem „Lob von Rom Helben von gestern? All diese Fragen haben sich die Teplitzer Jünglinge, die Freitag abends auszogen, eine Dichtervorlesung zu stören, nicht gestellt. Ihre genüge es, daß der Dichter ein Jude sei, um ihn, kaum daß er den Saal des Lindenhofes betrat, mit Lärm und Unfug zu bedrängen. Der gewollte Ruf: „Herr Schnitzler, lesen Sie uns den Reigen vor!“ löste von allen Seiten in den Saal und bald steuerte sich das Geschrei zum Tumult. Partierre und Galerie wetteiferten im lieblichen Spiel, den Worten folgten Täuschlichkeiten, die Polizei griff ein und schließlich brach Schnitzler, vom wilden Treiben angewidert, seine Vorlesung ab. Einst galt es als deutsch, die deutsche Sprache zu meistern, heute sehen die „Deutschesten der Deutschen“, die beinahe regelmäßig keinen ordentlichen deutschen Satz zusammenbringen, es als ihre heilige Aufgabe an, einen schöpferischen Meister der Sprache aus dem Saale zu ekeln. Nach denselben Grundstücken wollte Derstrat in Griechenlands Ruhmeshalle einsehen, indem er eine der herrlichsten Bauten Griechenlands der Flammen überließerte. Die Juppoteuz wendet sich zum Schluß immer zerstörend gegen sich selbst, der Nationalismus macht davon keine Ausnahme. Er erhält sich durch verlogene Taten am Scheitern, indem er an ein nationales Gut nach dem andern, ob es nun die schaffende Volkskraft, ob die Wirtschaft, ob die Dichtung ist, verbrecherisch die Hand legt.

Nochmals die Freudenthaler Affäre. Nach den Regierungsblättern, insbesondere nach der „Prager Presse“ hatte die bereits stattgehabte „Untersuchung“ der Freudenthaler Affäre bereits das „befriedigende“ Ergebnis, daß die Soldaten völlig schuldlos an dem Todesopfer sind und daß der Denkmalssturz nur deshalb erfolgte, weil die elektrische Stromleitung absichtlich unterbrochen worden war. Dem gegenüber melden deutsche Blätter, daß die militärischen Erhebungen zur Ver-

haftung des Soldaten Franz Novak geführt haben, der beschuldigt wird, Kiesel durch einen Schuß aus seinem Dienstgewehr geübt zu haben. Ferner wurden 370 tschechische Soldaten der Beteiligung am Denkmalssturz überführt. Es wurde auch vom Leiter der politischen Bezirksverwaltung bestätigt, daß die Urheber des Denkmalssturzes tatsächlich unter den tschechischen Soldaten zu suchen sind. — Die „Prager Presse“ faßelt jetzt von einer „Uebungsparone“, die Kiesel gegen die — Verfolger abgefeuert habe. Dies soll ein Beweis der Unschuld sein — und demütet doch gerade und deutlich auf die Schuld hin. — Aber wo bleibt die wirklich amtliche Berichterstattung? Warum ist von amtseigenen gar nichts über die Affäre zu erfahren? Die Öffentlichkeit hat ein sehr lebhaftes Interesse daran, von möglicherweise Seite zu erfahren, wie weit die Untersuchung des Falles gediehen ist und was sie bisher zutage förderte.

Ungefunde Verhältnisse im Gesundheitsministerium. Wie die Abgeordnete Kritz im „Pravo Lidu“ mitteilt, ging vor etwa einem Jahre der Primarius des Budweiser Krankenhauses in Pension. Die Krankenhausverwaltung schrieb nun im Einvernehmen mit der Landesverwaltungscommission einen Konkurs auf den leer gewordenen Platz aus. Bei der Entscheidung über die eingegangenen Offerte wurde mit zwei Dritteln Mehrheit der qualifizierteste Bewerber ausgewählt. Seit dieser Zeit ist ein Jahr vergangen und trotz aller Interventionen wurde die Ernennung des Primarius durch die Aufsichtsämter nicht genehmigt. Als man nach dem Grund dieser Verschiebung forschte, stieß man auf eine interessante Tatsache. Es wurde nämlich festgestellt, daß unter den Bewerbern um die Stelle eines Primarius auch der junge Art Dr. M. war, welcher das Glück hat, der Sohn eines Sektionschefs des Gesundheitsministeriums zu sein. Aus diesem Umstand schlossen nun gewisse Kreise, daß bloß der Sohn des hohen Ministerialbeamten Primarius im Budweiser Krankenhaus sein könne. Als dies nicht gelang, begann man hinter den Kulissen gegen die unerwartete Entscheidung der Landesverwaltungscommission mit allen Mitteln zu arbeiten. Eines schönen Tages wurde der Akt, der sich mit der Wahl des Primarius des Budweiser Krankenhauses beschäftigte auf dem Tisch des Sektionschefs des Gesundheitsministeriums gefunden. Wie der Akt vom Landesverwaltungsamt in das Gesundheitsministerium gelangte, ist ein Rätsel, da das Gesundheitsministerium in diese Sache absolut nichts zuzurechnen hat. Aber wenn das Ministerium gegen die Wahl des Primarius schon nichts einwenden konnte, hat es keine Autorität wenigstens dadurch zur Geltung gebracht, daß es den Akt auf dem Tische des Sektionschefs ein ganzes Jahr liegen ließ, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Schäden, die hierdurch dem Budweiser Krankenhaus entstehen. Endlich kam nun der Akt aus dem Gesundheitsministerium an das Krankenhaus, mit einer zweizeiligen (!) Erklärung versehen, — dazu ist er also ein Jahr im Gesundheitsministerium gelegen.

Die Gemeindevahlen in Weipert. Wie uns aus Weipert mitgeteilt wird, hat der bisherige kommunistische Stadtrat Franz Traß gegen die Wahlen Protest erhoben, weil auf der christlich-sozialen Kandidatenliste angeblich Personen stehen, die das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Konstituierung der neuen Gemeindevertretung wird daher noch um einige Wochen verzögert werden. Bekanntlich haben es die Kommunisten in Weipert vorgezogen, überhaupt nicht zu kandidieren. Der gewesene kommunistische Stadtrat, dessen Herrlichkeit jetzt vorüber ist, will nun jedenfalls zeigen, daß er doch etwas für das Gemeinwohl zu leisten imstande ist.

Internationale Kulturliga. Still und fast unbemerkt nahm dieser Tage die Internationale Kulturliga in Prag ihre Tätigkeit auf, die dank der Prinzipien und dem inneren Aufbau erfolgreich zu werden verspricht. Fast ein Jahr dauerten die Vorbereitungsarbeiten, durch welche mit ausländischen maßgebenden kulturellen Faktoren, vornehmlich der nordischen Staaten, Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, der Schweiz und Italiens Verbindungen angeknüpft wurden. So wurde der Grund zu einer wirksamen internationalen Kulturarbeit gelegt. Am 24. Oktober fand in Prag die konstituierende Sitzung statt, in der das einleitende und begründende Referat Abgeordneter M. Klein erstattete. Er hob die hohe Mission der Erneuerung der kulturellen Beziehungen und ihre Vertiefung auf Grund der Menschlichkeit hervor. Die Liga erstrebe wohlhabende, innige internationale Beziehungen und ziehe alle ähnlichen Gesellschaften und Vereinigungen zur Mitarbeit heran, ohne von dem eigenen Primat abzuweichen. In den Vorstand wurde eine Reihe namhafter, auf dem sozialen und kulturellen Gebiete wirkender Männer berufen. Der Vorsitz wurde dem Vorsitzenden der Angestellten-Erziehung, F. Baumert, anvertraut, ferner wurden gewählt, Erziehungsrat F. Reinisch, Prof. Tech. Dr. Ruzel, Abgeordneter Klein, Dr. Freund und Abgeordneter Dr. Charvat. Die praktische Arbeit wurde auf 16 Sektionen verteilt, die autonom vorgehen werden. Wir wünschen dieser neuen kulturellen Körperschaft eine recht geblühliche Entwicklung, namentlich möge ihre verbindende Tätigkeit unseren heimischen, so arg zerrissenen Verhältnissen zugute kommen.

Wie man Prälat wird. Wie die „Innsbrucker Volkszeitung“ mitteilt, hat der Pfarrer Egger in Ribbühl jüngst auf einer Postkarte beauptet, daß der frühere Stadtpfarrer von Ribbühl, Prälat Dr. Im Thurn, seine Prälatur mit Geld erkaufte habe. Dr. Im Thurn hat nun gegen seinen Amtsbruder in Christo die Klage bei der Kongre-

gation der Bischöfe und Prälaten in Rom erhoben. Da die Verhandlungen der kanonischen Prozesse nicht öffentlich sind, wird man leider niemals erfahren, welcher von den beiden stirbt — der Mönch oder der Mönch.

Zehn vollstreckte Todesurteile in Sowjetrußland. Nach einer fünfjährigen Verhandlung gegen die roten Kriegsschüler, die der Vorbereitung eines Aufstandes gegen die Sowjetherrschaft und der Verbindung mit weißgardistischen Organisationen im Auslande angeklagt waren, hat das Charkower Militärtribunal das Urteil gefällt. 13 Kriegsschüler sind zum Tode, ohne Amnestieanwendung und ohne Recht zur Berufung, verurteilt worden, die übrigen 26 zu Gefängnisstrafen von fünf bis zehn Jahren. — In Georgiewsk haben die Aufständischen Anfang Oktober ein Konzentrationslager in die Luft gesprengt. Die bald nach der Sprengung in die Umgebung von Georgiewsk geschickte Strafexpedition hat mehr als hundert Bauern und Kosaken verhaftet, die der Zusammenarbeit mit den Aufständischen verdächtig waren. Infolge der unaufhörlichen Erhebungen der Aufständischen in den Gouvernements von Siaropol und Pjatigorsk, und zwecks Einschüchterung der Bevölkerung, haben die örtlichen Behörden befohlen, aus der Zahl der Verhafteten zehn Mann auszuwählen und sie vor dem Revolutionären Tribunal der Organisation der Sprengung anzuklagen. Am 21. Oktober wurden denn auch diese zehn Mann vom Revolutionären Tribunal zum Tode verurteilt. Das Todesurteil ist vollstreckt worden.

Die „Harmlosigkeit“ des Faschismus. Mussolini, Generalvertreter der faschistischen Partei in der neuen italienischen Regierung, hat das Bedürfnis gehabt, der italienischen Öffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß sich die Bewegung der Faschisten „niemals gegen die Arbeiterschaft“ richten würde. Die Arbeiter sollen unter dem jetzigen Regime mehr Achtung und Schutz genießen als bisher; allerdings trete er für ein gewerkschaftliches System ein, das die Auswahl der Tüchtigen im Auge habe. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn die reichsdeutsche Rechtspreß über diese Erklärungen Mussolinis, als geistiges Oberhaupt des Faschismus, mit Wonne herfällt. Auch in Deutschland soll die „Harmlosigkeit“ des Faschismus hervorgehoben werden, um damit die Propaganda für die faschistische Idee auch unter der Arbeiterschaft zu erleichtern. Daß derartige Propaganda-Abtätigkeiten bestehen, zeigt folgendes Zitat aus der Mittwoch-Ausgabe der deutsch-nationalen „Schlesischen Zeitung“. Das Blatt schreibt u. a.: „Der deutsche Bürger wird sich nach dem Vorbild der Faschisten richten müssen, da in diesem Winter seine Wehrhaftigkeit jedenfalls auf die Probe gestellt werden wird.“ Die Kennzeichnung des Faschismus als harmlos wird mit diesem Zitat besonders verständlich. Demgegenüber braucht man nur auf die Mistelzweige der faschistischen Horden während der letzten Tage des Unsturzes in Italien hinzuweisen: Sämtliche kommunistischen Abgeordneten der Kammer, soweit sie nur aufgefunden waren, wurden verhaftet. In Rom wurde die Wohnungseinrichtung eines sozialistischen Abgeordneten zertrümmert und das Gewerkschaftshaus angezündet. In Süditalien sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht weniger als zehn Arbeitshäuser durch Brand zerstört bzw. so demoliert worden, daß ihre Verwendung vorläufig unmöglich ist. Ebenso wurde das Gewerkschaftshaus in Mailand zugerichtet. Damit wohl die Harmlosigkeit und Arbeiterfreundlichkeit der faschistischen Bewegung hinlänglich bewiesen ist.

In den Schwefelgruben Siziliens. Italien hatte in der Schwefelproduktion bis zur Jahrhundertwende ein Weltmonopol. Es produzierte 1905 noch 95 Prozent der Weltausbeute an Schwefel. Das Monopol führte zum Pachtsystem. Die Bergwerke, größtenteils in Sizilien gelegen, wurden von den Eigentümern an Pächter, von diesen an Unterpächter verpachtet. Dieses System und das Monopol hatten den Raubbau zur Folge. Der Pächter wollte kein Kapital anlegen, da er fürchtete, nach Ablauf seines Vertrags denselben nicht erneuern zu können. Seine Produkte fanden doch immer Absatz, da eine Konkurrenz nicht vorhanden war. Da aber keine technische Verbesserung der Produktion stattfand, so wurde der ganze Profit aus den Bergleuten herausgeschämmt. Man muß wissen, daß der sizilianische Landarbeiter seit jeher im tiefsten Elend lebt und demgemäß auch seine Bildungsstufe die niedrigste unter der italienischen Bevölkerung ist. Unter was für Bedingungen die 23.000 Bergleute arbeiten, dafür nur einige Zahlen. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich täglich 12 bis 13 Stunden in einer Schicht. Die Löhne sind überall niedriger als die in der Umgebung bezahlten Durchschnittslöhne. Durchschnittlich erfolgen jährlich 132 Unfälle, davon 85 tödliche, 162 mit schwererer Verletzung. Die Kinderarbeit ist in Formen üblich, die Marx erschütterndste Beschreibungen der Kinderarbeit des englischen Frühkapitals übertreffen. Die Kinder müssen 40 bis 50 Kilo schwere Säcke auf ihren Schultern tragen. Die Schächte sind kaum beleuchtet, haben furchtbare enge Eingänge, ungleichmäßige Treppen und so niedrige Dächer, daß die Unglücklichen nur gebückt vorwärts kommen können. Die meisten Kinder werden im Alter von acht bis neun Jahren von ihren Eltern gegen eine Summe von 120 bis 150 Lire an die Bergarbeiter überlassen und müssen sich jahrelang obrudern, bis sie „frei“ werden. Aber dann sind sie völlig gebrochen und verküppelt. Der Prozentsatz der des Lebens

und Schreibens Unkundigen beträgt ungefähr 75 bis 93 Prozent. Der sizilianische Bergarbeiter kommt regelmäßig alle acht, oft nur alle vierzehn Tage heim. Er schläft in Höhlen neben den Bergwerken oder in den Schächten selbst. Das meiste an Brot und Zwiebeln, woraus seine Nahrung besteht, nimmt er häufig zu sich, ohne die Arbeit zu unterbrechen, denn der dreizehnhündige Arbeitstag erlaubt keine Pause. Nirgends in der Nähe ist Trinkwasser vorhanden, nur in der Kantine kann er für Geld Wasser kaufen. Nirgends eine Waschgelegenheit, nirgends ein Abort. Dies sind nur die allernappten Angaben, die wir dem eingehenden Bericht des italienischen-Bergarbeiterverbandes entnehmen.

Die Not im Böhmerwald. Nach den aus dem Böhmerwalde eingelaufenen Meldungen steht dem Böhmerwalde ein furchtbarer Winter bevor. In den letzten drei Monaten hat es ununterbrochen geregnet; seit 14 Tagen nun liegt alles unter einer Schneedecke begraben. Ein großer Teil der Ernte liegt gleichfalls unterm Schnee. Auf manchen Feldern ist nicht einmal das Winterkorn gereist, so daß viele Kleinbauern vor dem Nichts stehen. Da auch eine große Futtermittelnot eingetreten hat, müssen die Häuser

Erinnerungen.

Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Riesewetter.

Mit Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts schließt die erste Epoche der österreichischen Arbeiterbewegung so wie die der Arbeiterbewegung überhaupt, da mit dem Jahre 1890 die neue Ära der internationalen Sozialdemokratie anfängt. Doch wollen wir mit unseren Darstellungen bei der österreichischen Bewegung bleiben, innerhals welcher insbesondere die deutschböhmisches Mobt der Wiener die bedeutendste Rolle spielt, während die Bewegung in den deutschen Alpenländern, mit ihrer überwiegend bäuerlichen und im Banne des katholischen Klerus stehenden Bevölkerung, nur schwer Boden fassen konnte. Und da viele der heutigen Parteigenossen kaum eine Vorstellung haben von dem, was in den Jugendjahren unserer Partei, die schwer um ihre öffentliche Anerkennung rang, erreicht wurde, wollen wir hier anführen, daß so wie schon im Jahre 1868 auf die Agitation der Sozialdemokraten die Verabsicherung der Arbeitszeit von 13 auf 11 Stunden bei der Firma Liebig in Reichenberg erfolgte, auch das Koalitionsrecht in Oesterreich, nach der großen Arbeiterdemonstration in Wien am 13. Dezember geschaffen wurde. Vor dieser Zeit bestand für die Arbeiter im Gdbsbürgerreich keine gesetzliche Möglichkeit, sich nach Branchen zu vereinigen, um mit gemeinsamen Kräften ihre Interessen zu vertreten. Allerdings blieb dieses Recht lange Zeit hindurch vielfach nur auf dem Papier, weil den Arbeitern anfangs das Verständnis und auch die Kraft fehlte, sich ihren Feinden, dem Unternehmertum trotzend, zu organisieren. Es wurde daher sehr oft von der bürgerlichen Presse die Gewährung von Rechten an die Arbeiter so hingestellt, als wenn die regierenden Machthaber aus purem Gerechtigkeitsgefühl und freiwillig die Arbeiter beschenkt hätten. Tatsächlich aber war es damals schon anders. Sagt doch feinerzeit Bismarck, der sonst nicht unser Gewährsmann ist, einmal im Deutschen Reichstage, daß die deutschen Arbeiter das bishigen Sozialreform nicht hätten, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre.

Durchgesetzt wurde in dieser Epoche auch das gesetzliche Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, das Gewerbeinspektorat, die Kranken- und Unfallversicherung, sowie der gesetzliche Normalarbeitsstag. Das freilich ist nicht viel, aber immerhin etwas, wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, auf welche heute unsere mehrfach stärkere Partei stößt, um oft nur Kleinigkeiten durchzusetzen. Dabei halten wir es auch für notwendig zu betonen, daß fast all diese kleinen sozialen Reformen von der damals konservativen Parlamentsmehrheit, bestehend aus Merkmalen, Polen und Tschechen, gegen die Deutschliberalen, die das deutsche Bürgertum vertreten, geschaffen wurden. Allerdings dürfte der „Eiserne Ring“ — wie diese kesselhörnige Majorität genannt wurde — nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft diese Reformen herbeigeführt haben, sondern vielfach nur deswegen, um dem ihnen verhassten deutschen Bürgertum ein ausgleichendes Spiel zu verschaffen, welche die persönliche Züchtigung zuließ, blieb bis in die jüngste Zeit bestehen, sowie das alte kaiserliche Prügelpatent vom Jahre 1854 heute noch in der Tschechoslowakei hin und wieder angewandt wird.

Die Arbeiterfeindschaft, der damaligen Vertreter des deutschen Bürgertums kam auch zum Ausdruck bei der Abstimmung über die von uns erworbene Wahlrechtspetition, die, wie wir schon erwähnten, bei einem bei Reichenberg abgehaltenen Parteitag beschlossen wurde und 35.000 Unterschriften trug. Diese Petition wurde am 20. Februar 1879 von dem damaligen Abgeordneten Cronawetter im Abgeordnetenhaus eingebracht und mit einer kurzen Rede begründet, die er folgendermaßen schloß: „Da Ihnen, meine Herren, jetzt die Möglichkeit geboten ist, die Stimme der Bevölkerung über einen ihrer wichtigsten Wünsche in Wahrheit zu vernehmen, so erwarte ich zuversichtlich, daß sie auch dem Wunsch der Petenten werden gerecht werden, indem Sie die Verlesung ihrer Petition gestatten.“ Der Antrag wurde (mit einer Majorität von wenigen Stimmen) angenommen, so daß die Petition zur Verlesung kam. Dafür stimmten die Polen, die Kon-

servativen und einige Wilde, während die deutschen Liberalen durchwegs sitzen blieben. Wäre es diesen nachgegangen, so wäre diese immerhin wichtige Resolution nicht einmal zur Verlesung gekommen. Und so wie in diesem Falle haben es unsere deutschbürgerlichen Abgeordneten, die da vorgaben, auch die Arbeiter zu vertreten, immer gemacht. Sie traten gegen jeden sozialen und politischen Fortschritt, insbesondere aber gegen das allgemeine Wahlrecht auf, bis auch K. S. Wolf, der im Jahre 1906 noch kurze Zeit vor der Annahme des allgemeinen Wahlrechtes im Parlamente dagegen auftrat und erst im letzten Momente dafür stimmte, offenbar deswegen, um nicht aus Grund eines Wahlrechtes im Jahre 1907 zu kandidieren, gegen welches er gestimmt hatte.

Von Schmugglern erschossen. In der ungarischen Grenze bei Venhartowitz im Gömörer Gau wurden am Dienstag früh die Gendarmwachmeister K. S. r. a. s. und F. r. o. l. i. t. mit Schußverletzungen aufgefunden. K. r. o. l. i. t. war bereits tot. F. r. o. l. i. t., dessen Kopf durch sieben Schüsse zertrümmert war, starb nach wenigen Stunden im Krankenhaus. Die beiden Gendarmen waren durch ungarische Schmuggler überfallen und nach hartnäckigem Kampfe überwunden worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Furchtbare Dynamitexplosion. Der Bauer K. a. z. e. l. in Obersteier im Bezirke Tabor wollte am vergangenen Samstag Jagdpatronen laden. Da er beim Osen hantierte, kam das Pulver, in dem er Pulver und Dynamit vermischt, dem Feuer zu nahe und die Sprengstoffe explodierten. K. a. z. e. l. wurde in Stücke gerissen. Seiner Tochter wurden die Augen ausgebrannt; sie erlag binnen kurzem ihren Verletzungen. Eine zweite Tochter erlitt einen Bruch der Beine und auch seine Frau wurde schwer verletzt.

servativen und einige Wilde, während die deutschen Liberalen durchwegs sitzen blieben. Wäre es diesen nachgegangen, so wäre diese immerhin wichtige Resolution nicht einmal zur Verlesung gekommen. Und so wie in diesem Falle haben es unsere deutschbürgerlichen Abgeordneten, die da vorgaben, auch die Arbeiter zu vertreten, immer gemacht. Sie traten gegen jeden sozialen und politischen Fortschritt, insbesondere aber gegen das allgemeine Wahlrecht auf, bis auch K. S. Wolf, der im Jahre 1906 noch kurze Zeit vor der Annahme des allgemeinen Wahlrechtes im Parlamente dagegen auftrat und erst im letzten Momente dafür stimmte, offenbar deswegen, um nicht aus Grund eines Wahlrechtes im Jahre 1907 zu kandidieren, gegen welches er gestimmt hatte.

Allein der ganze Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht hielt uns nicht ab, weiter dafür zu agitieren. Bis Ende der achtziger Jahre die liberalen Abgeordneten P. e. n. e. r, E. x. n. e. r und W. r. a. b. e. z. im Parlamente einen Antrag einbrachten, wonach Arbeiterkammern zu bilden gewesen wären, denen das Recht zukommen sollte, einige Delegationen ins Abgeordnetenhaus zu schicken. Wir, die wir zu kämpfen gewohnt waren, wollten uns die Mandate in frisch-fröhlichem Kampfe erobern, und denken für das Linsengericht, das uns mit diesen Kammern geboten wurde. Aber der Antrag dieser drei Herren bewies doch die lebendige Kraft unserer Agitation. Wir traten auch in der Reaktionsperiode der achtziger Jahre in einer Reihe von Volksversammlungen, insofern sie nicht wegen ihrer „Geisteslosigkeit“ gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung“ verboten wurden, auf, sowie wir jede Gelegenheit benützten, den herrschenden Falschoren zu zeigen, daß wir am Leben sind und durchaus nicht abzutreten gedenken, bis endlich Graf T. a. a. f. f. e, ein Jugendgenosse des alten Kaisers, als Ministerpräsident abtand und andern Männern Platz machen mußte.

Die Ära des 1. Mai.

Mit dem Jahre 1890 brach für die internationale Sozialdemokratie eine neue Epoche an. In Oesterreich hatte die Reaktion abgewirtschaftet und durch die Verlegung des Brudertreffes beim Gaisfeldner Parteitag wurde die Arbeiterschaft mit neuem Mut befeuert und in die Lage versetzt, erfolgreicher auftreten zu können. Die Februarwahlen im Jahre 1890 brachten den Sozialdemokraten Deutschlands einen mächtigen Erfolg, so daß sich der Reichstanzler gezwungen fühlte abzutreten. Bismarck, hatte mit seiner inneren Politik, die hauptsächlich in der Verfolgung des katholischen Zentrums auf Grund der Maigesetze und der Drangsalierung der Sozialdemokraten mittelst eines schmachvollen Ausnahmegesetzes, das er im Reichstage durchgedrückt hatte, entschieden Pech. Anstatt diese beiden Parteien zu erdrücken, wuchsen sie, nachdem sie den ersten Schreck überwunden hatten, immer mehr, bis die genannten Wahlen im Feder des genannten Jahres den durchschlagenden Beweis von seinem Mißsick erbrachten, so daß er gehen mußte. Mit ihm fielen auch die Ausnahmegeetze. Kaiser W. i. l. h. e. l. m. II., der aus Ruher kam, wollte sein eigener Kanzler sein, und die Sozialdemokraten sollte man „nur ihm überlassen.“ Als ein Handanpf in allen Gassen, wollte er alles machen. Doch die Sozialdemokratie vermochte er in ihren Wachstum nicht einmal zu schädigen viel weniger aufzuhalten.

Was aber die Hauptfrage war, die frischen Zug in die Arbeiterschaft aller Länder brachte und sie der Organisation zuführte, war der internationale Sozialistenkongress, der im Jahre 1889 in Paris zusammentrat und beschloß, alle Jahre am 1. Mai überall, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für den Achtstundentag, womöglich durch Arbeitsruhe, zu demonstrieren. Dieser Beschluß erweckte unter dem Proletariate der Welt einen mächtigen Widerhall. Überall setzte eine kräftige Agitation zur Organisation dieser Maidemonstrationen ein. Das galt besonders von Oesterreich, von Wien, wo der alte Brauch der Praterfahrten am 1. Mai dem Bestreben der Arbeiter entgegenkam, so daß von diesen Tage an alljährlich am 1. Mai die sozialistischen Arbeiter dem Praterfeste sein Gepräge gaben, während bis zu jener Zeit das alte Bürgertum, mit seiner Praterfahrt die Situation beherrschte hatte. Aber auch in den Provinzen, und besonders in den industriereichen Sudetenländern, wurde der Tag großartig gefeiert, und zwar durch Arbeitsruhe. Und nur in den ganz abgelegenen Gegenden, wo die Arbeiter von dem Sozialismus wenig oder gar nichts wußten, blieben die Betriebe

im Gange. Aber anlässlich der verschiedensten Gerüchte über blutdürstige Vorhaben der Sozialdemokraten, die da zirkulierten, herrschte unter dem gesamten Bürgertume eine Nervosität obnegleichen, die zu den absonderlichsten Maßnahmen führte. So hatte man in Trautau und anderen Orten die Schützen mobil gemacht oder die Feuerwehraufgeboden, um eventuell den sozialistischen Worderbrennern hindernd in den Weg zu treten. Im Reichenberger Bezirke hatte die politische Behörde die Gendarmen beauftragt, darüber zu wachen, daß an diesem Tage alle Betriebe ruhen. In Reichenberg selbst, hatten die Arbeiter am 1. Mai ihre Versammlung und Festlichkeit im Stadtwaldchen; Tausende von Proletariern mit Weib und Kind beteiligten sich daran. Das Bürgertum blieb dem Feste fern; ja am Morgen des genannten Tages waren, — obwohl es ein Sonntag war, — nur sehr wenige dieser Herren und Damen in den Straßen und Gassen der Stadt zu sehen. Die Soldaten der Reichenberger Garnison, und auch die in anderen Orten, hatten Bereitschaft. Eine starke Abteilung Jäger, mit aufgeschuldeten Bajonett und scharf geladenem Gewehr, war in den angrenzenden Gehölze des Gasthauses „Zum Stadtwaldchen“, wo die Versammlung und Festlichkeit abgehalten wurde, postiert, um zum Einschreiten bereit zu sein. Doch alles blieb ruhig. Und als es gegen Abend zum nach Hause gehen kam, gingen die Soldaten mit lachenden Gesichtern, vereint mit den Arbeitern heim.

Die meisten der Reichenberger Redner sprachen in Versammlungen auswärts. Ich hatte in Grottau bei der Versammlung das Referat über die Bedeutung des 1. Mai. Der Bürgermeister Jantsch, als überwachender Kommissar sagte im Auftrage der Bezirkshauptmannschaft zu mir, daß ich vollkommen Redefreiheit habe, nur daß er mich, ja keine Majestätsbeleidigung zu begehen. Das konnte ich ihm zusagen. Und so hielt ich denn mein Referat in dem vollgestopften Klostergesamtsaal, bei offenen Fenstern, während draußen auf der Straße Dragoonen mit gezogenen Säbeln, die in der Sonne glänzten, auf- und abritten. Kurz vor Tag war ein in seiner Pracht und überwältigenden Macht. Men. die ihn mitgenutzt haben, wird er unvergänglich bleiben.

Kleine Chronik.

Großfeuer in einer Getreidemühle. Die Mühle von König und Herz in Oggersheim ist einem verheerenden Großfeuer zum Opfer gefallen. Bei dem Verhuche, das im Keller lagernde Mehl zu bergen, kamen fünf Feuerwehrlente und der Obermüller ums Leben. Der Keller stürzte, als kaum drei Zentner Mehl geborgen waren, zusammen, und begrub sechs Menschen unter den Trümmern.

Ein historischer Schloßbau eingeschert. In Gröblich bei Weichenburg i. Sa. ist das aus dem zwölften Jahrhundert stammende Schloß völlig niedergebrannt. Bei der Hilfeleistung ist ein junger Mann verbrannt. Die Entstehung ist auf ein unvorsichtiges Umgehen mit einer elektrischen Platte zurückzuführen.

Großfeuer in New York. Wie die „B. Z.“ aus New York meldet, kamen bei einem Großfeuer in einem Geschäftshaus der XIII. Straße drei Mädchen ums Leben. Eine große Anzahl Personen wurden dabei lebensgefährlich verletzt.

Der sechste Erdteil. Im Langenbeckhaus in Berlin sprach der Leiter der deutschen Südpolexpedition von 1911—1912, Dr. Wilhelm Filchner, zum erstenmal in der Berliner Öffentlichkeit über seine Forschungsreise in das Gebiet der Antarktis. Der Südpol wird nicht wie der Nordpol vom Meere bedeckt, sondern ein Festland dehnt sich hier aus, etwa von der Größe, die Europa und Australien zusammen bedecken; es ist das antarctische Festland, der sechste Erdteil. Das Innere dieses Erdteiles steigt 2000 bis 3000 Meter an; mehrere Gebirgsketten ragen darüber empor. Das antarctische Festland liegt unter einer mehrere hundert Meter dicken Inlandeisbedeckung begraben, die in steil abgebrochenem Rande von etwa 30 Meter Höhe zum Meere abfällt. Der Eisrand der Antarktis zieht sich bedeutend weiter zum Äquator hin als der des Nordpols. In gleicher geographischer Breite, wo auf der nördlichen Halbkugel sich noch blühende Kulturstaaten befinden, ist auf der südlichen Halbkugel ein Vorbringen kaum noch möglich. Im Winter ist das Meer bis zur Breite, in der etwa Berlin und Hamburg liegen, mit Eis bedeckt. Im November 1911, also im Sommer der Südhälfte, begann die Ausreise von Süd-Georgien, einer Insel im südlichen Atlantischen Ozean. Das Expeditionsschiff „Deutschland“ war zwar nicht besonders auf Eisprellungen eingerichtet, etwa wie Nansens „Fram“, aber es bestand die Anstrengungen der Fahrt doch ganz gut. Die Fahrt ging in das Weddell-Meer, um festzustellen, ob sich das Meer zwischen dem östlichen und westlichen Teil der Antarktis über den Südpol erstreckt. Das Schiff stur ein und geriet in eine Eisdrift, die es langsam wieder nach Norden brachte. Verschiedene Stationen wurden auf dem Eise errichtet, um wissenschaftliche Beobachtungen über die Temperatur der Luft, des Wassers und des Eises anzustellen sowie die Windstärke, die Dauer der Sonnenstrahlung usw. zu messen. Fesselballons und Drachen mit Registrierapparaten wurden bis 10.000 Meter Höhe aufgelassen. Reicherlich an Fleisch ist jene Gegend. Walrosse, Seelöwen und Pinguine gibt es in großer Anzahl. Das Fett der Pinguine wurde häufig zum Heizen der Kessel verwendet, um Kohlen zu sparen. Der umsichtige Führer des Schiffes, Kapitän F. a. h. e. l., ist leider den Strapazen der Reise unterlegen. Im August 1912, mitten im südlichen Polarwinter, starb er. Die Expedition hat wertvolle Feststellungen über die Ausdehnung des sechsten Erdteiles heimgebracht; außerdem zahlreiche wissenschaftliche Ergebnisse, die für die weitere Erforschung des Gebietes äußerst wichtig sind.

Telegramme.

Fascistische Gewalttaten nach wie vor.

Rom, 3. November. Das Gebäude des anarchistischen Organs in Rom „Nuova Umanita“ ist in Brand gesteckt worden. Aus verschiedenen Orten laufen weitere Meldungen über Gewalttaten der Faschisten ein. Die in Brescia abmarschierenden faschistischen Abteilungen haben das Sozialistenheim in Brand gesteckt. In Cattania ereigneten sich mehrere blutige Konflikte. In Corrone wurde auf die Faschisten geschossen, worauf diese zur Vergeltung die Arbeitskammern und die Räumlichkeiten des Eisenbahnerverbandes in Brand steckten. (Man kann aus der Beobachtung näherliegender Verhältnisse den Schluß ziehen, was es mit diesem „Schießen auf die Faschisten“ für eine Verwandnis haben mag. Jedenfalls beweisen die Faschisten täglich, wie sie das Wort ihres Herrn und Meisters von der „Einstellung der Gewalttätigkeiten“ auffassen. D. Red.)

Rom, 4. November. (Tsch. B.-B.) „Messaggero“ meldet aus Udria (südwestlich von Venedig), daß dort drei Schüsse gegen die Faschisten abgegeben wurden, wodurch drei Personen schwere Verletzungen erlitten. Die Faschisten vertrieben die Angreifer und verwüsteten die sozialistischen Vereinstäumlichkeiten. Sie beschlagnahmten auch öffentliche Gebäude, die jedoch später wieder freigegeben wurden. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich auch an anderen Orten.

Neuwahlen in Oesterreich.

Eine Wirkung der sozialdemokratischen Opposition.

Wien, 4. November. (Tsch. B.-B.) Gestern abends sprach Bundeskanzler Dr. Seipel in einer christlichsozialen Versammlung in Josefstadt. Im Laufe seiner Ausführungen erklärte er, daß die Sozialdemokraten seit längerer Zeit, obwohl die Regierungsparteien sich bereit erklärten, auch ihnen die Mitarbeit zu ermöglichen, wenn sie ihren Teil als Volksgenossen dazu beitragen, einen erbitterten Kampf gegen die Regierung führen. Sollten die Sozialdemokraten den Kampf auf ein anderes Gebiet tragen wollen, so werden die Regierungsparteien das Volk selbst zu einer Entscheidung durch Neuwahlen aufrufen.

Streik der Bergarbeiter Polens.

Warschau, 4. November. Gestern früh brach auf den wichtigsten Kohlengruben im Dombrowaer Revier ein Streik der Bergarbeiter aus. Im Krakauer Revier beginnt der Streik heute 2 Uhr nachmittags, in Oberschlesien hat er heute früh begonnen. Die Bergarbeiter hatten sich in einer Abstimmung für den Streik erklärt, u. zw. mit einer Mehrheit von 35.000 gegen 1.500 Stimmen.

Verchiebung der Orientkonferenz?

London, 3. November. (Havas.) Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Lausanner Orientkonferenz mit Rücksicht auf die Aenderung des Kabinetts in Italien um einige Tage verschoben werden wird.

Ein ungarisch-russisches Delabkommen.

Budapest, 3. November. (M.A.B.) Die in Berlin mit Zustimmung der ungarischen Regierung von ungarischen Industriellen mit den Handelsvertretungen der russischen Sowjetrepublik geführten Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt. Demnach sollen noch im Laufe der ersten Novemberhälfte 400 Waggon Kohöl nach Ungarn eingeführt werden. Aus Ungarn sollen landwirtschaftliche Maschinen im Werte von mehreren Hundert Millionen Kronen nach Sowjetrußland ausgeführt werden. Für das nächste Jahr ist der gesamte Bedarf der ungarischen Mineralölraffinerien gedeckt.

Unabhängigkeitsbestrebungen auf den Philippinen.

Manila, 4. November. Der philippinische Senat hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Kongreß der Vereinigten Staaten ersucht wird, zu gestatten, daß eine konstituierende Versammlung der Philippinen einberufen werde, die über die Bildung einer unabhängigen philippinischen Republik zu beschließen und die Beziehungen der neuen Republik zur amerikanischen Regierung festzustellen hätte.

Die Philippinischen Inseln im Indischen Archipel bezüchten seit den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts durch ununterbrochene Aufstände die Herrschaft der Spanier abzuschütteln. Deshalb unterstützten sie mit Begeisterung die Vereinigten Staaten in deren Krieg gegen Spanien, erlebten aber die schwere Enttäuschung, daß die Amerikaner nach ihrem Siege die Inseln nicht, wozu sie sich am 23. Juni 1898 proklamiert hatten, als unabhängige Republik gelten ließen, sondern dort eine Kolonialverwaltung einrichteten (Dezember 1898). Nun wandten sich die Erhebungen gegen die neuen Zwingherrs, verloren aber seit der verätherischen Gefangennahme des Führers der Revolutionäre, Aguinaldo (1905) Haupt und Kraft und verhandelten in einem Guerillakrieg. Der jüngste Beschluß des Senates bezieht also die jahrzehntelange Unabhängigkeitsbewegung aufs neue.

Devaluation.*)

Keine finanziellen Experimente! Das ist die vom wiedereraufstehenden Finanzminister Dr. Rasini verübende Devise. Dank dieser Erklärung ist die Nervosität und Unruhe, die sich allen um Besitz und Existenz Fürchtenden vor seinem Amtsantritt mitgeteilt hatte, einer gewissen Beruhigung gewichen, einer Beruhigung, begründet in der hohen Wahrscheinlichkeit, daß es wenigstens in absehbarer Zeit zu der gefürchteten Devaluation nicht kommen werde. Es war nicht die Devaluation allein, die einen derart panischen Schrecken ausgelöst hat, obwohl auch sie bei der heutigen wirtschaftlichen Konstitution des Staates und bei den Währungsproblemen der Nachbarstaaten immer ein Sprung ins Dunkle bleiben wird, vor allem war das Schreckensmoment eine ganze Reihe von unrichtigen und unmöglichen, mit der Devaluation verknüpften Vorstellungen und eine in den Erfahrungen der Vergangenheit nur zu sehr begründete Besorgnis, daß die ganze Aktion nicht mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit geführt werden wird.

Die Vorstellung, die sich die Bevölkerung heute von einer Devaluation macht, ist — soweit eine halbwegs richtige Vorstellung überhaupt besteht — unvollständig und veraltet. Keine Wunder, eine Devaluation hat mit Ausnahme der kaum bekannt gewordenen argentinischen der Siebzigerjahre keiner unserer Zeitgenossen erlebt und in den Folgewirkungen erfährt und die volkswirtschaftlichen Erkenntnisse, die der Kampf um das Dasein den Menschen aufgezwingen hat, denen die Nationalökonomie wenn möglich noch ferner steht als Helba, — es sei als bekannt vorausgesetzt, daß beispielsweise das Fallen der Mark und das Steigen der Krone nicht mehr die Monopoldomäne der Finanzfachmänner und der geschulten Volkswirtschaftler ist — reichen bei weitem nicht aus, ein derart gewaltiges Problem zu begreifen. Kein Wunder, wenn sich in diesen Vorstellungen die Erzählungen der Urgroßeltern vom Staatssturz von anno 1811 widerspiegeln.

Die Devaluation ist nicht, wie die wörtliche Uebersetzung besagt, eine Wertherabsetzung des Geldes, sondern die Herabsetzung des Geldwertes und eine Devaluation mit Wertzerstörenden Wirkungen ist ein Fiasko. Technisch ist der Vorgang ziemlich einfach: die Herabsetzung des Nennwertes bei Banknoten, Bankguthaben, Sparbüchern, Genossenschafts- und anderen Anteilen, den unterschiedlichen, auf Geld lautenden Forderungen, wie Geschäfts- und Gewinnanteilen, Forderungen aus Wechseln, Krediten und Beteiligungen usw., bei Renten- und Anleihenbesitz, bei Aktien, bei Leibrenten, Lebens- und anderen Versicherungsprämien, und schließlich bei Dienstverträgen, bei Rechten auf den Verkauf usw., usw., läßt sich un schwer dekretieren. Ebenso mechanisch läßt sich der Nennwert der Lasten (Steuern, Stempel, Anlagen, Bahn- und Posttarife) herabsetzen. Das Problem aber besteht naturgemäß nicht in einer mechanischen Uebersetzung und Titeländerung, sondern darin, daß der effektive Geldwert unverändert bleibt, d. h., wenn angenommen für je fünf tschechoslowakische Kronen ein Solol, gleich einem Goldfranken, gegeben wird, muß die gleiche Gütermenge für einen Solol erhältlich sein, wie vor der Devaluation für Kö 5 und die Devaluation kann nur dann als gelungen bezeichnet werden, wenn sie nicht eine neue Teuerung hervorruft. Die Anlage zu einer neuen Teuerung ist zweifellos psychologisch vorhanden, weil der Produzent, insbesondere der Bauer, es erst lernen muß, sich mit ziffernmäßig kleineren Gewinnen zu bescheiden. Daß die letzte Auswirkung der Teuerung ein Wertrückgang des Solols auf den Auslandsmärkten werden muß, — das wäre so zu sagen die sichtbare Bestätigung des Mißerfolges der Devaluation — ist eine Binsenwahrheit, die uns leider aus der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit nur zu gut vertraut ist.

Damit sind wir bei den Voraussetzungen der Devaluation angelangt, die naturgemäß nur stichhaltig und strichweise angebeutet werden können.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist die Stabilisierung der Währung und die Anpassung der Fiskallasten (Steuern, Tarife usw.) an den stabilisierten Wert der Krone. Eine weitere, nicht minder wichtige Voraussetzung ist, in dem neu zu schaffenden Zolltarif und in den künftigen Handelsverträgen, den Zöllen genügend Elastizität zu belassen, um ihre Herabsetzung oder Aufhebung für kürzere oder längere Zeit zu jedem beliebigen Zeitpunkt zu ermöglichen, damit der Inlandskonsum vor willkürlichen Preiserhöhungen geschützt werde. Weitere Voraussetzungen sind: die Schaffung einer selbständigen Notenbank und eines mit kaufmännischer Paschheit arbeitenden statistischen Amtes; der Notenbank würde die heute noch verwaiste Aufgabe zufallen, den vorübergehenden Schwankungen der Zahlungsbilanz, auf Grund der Daten des statistischen Amtes durch Devisenoperationen zu begegnen, eine Funktion, die heute nicht ausgeübt wird, da einerseits das Amt des Finanzministeriums lediglich ein Organ des letzteren und das statistische Amt mit seinen Arbeiten mehrere Monate im Rückstande ist.

Ob die Stabilisierung der Währung der Nachbarländer eine Voraussetzung der Devaluation ist, das ist eine noch ungelöste Streitfrage; die Berneiner weisen gerne auf die Schweiz hin, die von zwei Ländern mit erschütterter Valuta (Frankreich und Italien) und von zwei Ländern mit bankrotter Valuta (Deutschland und Deutschösterreich) umgeben, sich einer stabilen Währung erfreut und dem Einwande, daß der Schweizer

* Der Aufsatz stammt aus der Feder eines Genossen, der sich beruflich mit staatsfinanziellen Fragen befaßt.

Franken durch Gold gedeckt ist, entgegenhalten, daß der Wert einer Währung in erster Reihe von der Zahlungsbilanz eines Staates bestimmt wird und keineswegs unmittelbar von der im Tresor der Notenbank eingelagerten Goldmenge, welche im Vereine mit der Handhabung der Notenausgabe und der Deckungsbestimmungen höchstens eine Vertrauensunterlage bei der gefühlsmäßigen Bewertung bildet.

Es wird zweifellos nicht wenige geben, welche die Voraussetzungen für eine Devaluation als gegeben oder als leicht zu schaffen erachten, wobei dahingestellt bleiben mag, ob für diese Meinung wirtschaftliche Momente maßgebend sind oder der Wunsch, die eigene Währung als Goldvaluta, d. h. als eine Art Siegeszeichen zu sehen. Rührern betrachtet, sind die, wie nochmals hervorgehoben wird, oberflächlich skizzierten Voraussetzungen, die gesammelt und auf eine kurze Formel gebracht, lauten: Stabile Währung mit dem Weltmarkt angeglichene und nur den Weltmarkt ausgleichenden unterworfenen Preisen, also ein Zustand, der die Devaluation im ganzen und großen zu einer bloßen Formalität macht, nicht gegeben. Es ist auch keine geringe Selbsttäuschung, anzunehmen, daß diese Voraussetzungen gar so leicht geschaffen werden können; ganz abgesehen von den politischen Schwierigkeiten — seit dem Bestande des Staates, war noch keine Regierung anders als aus wirtschaftlichen Antipoden zusammengesetzt und es besteht keine Aussicht, daß dies in absehbarer Zeit anders werden wird — ist noch nicht das mindeste Anzeichen einer Abkehr von den mörderischen Verbrauchsteuern vorhanden, nicht das mindeste Anzeichen dafür, daß eine andere Auffassung des kleinen, innerstaatlichen, wirtschaftlichen Geschehens, welches bisher nur als Steuerobjekt gewertet wurde, plangreift.

Miltons Stiefel.

(Ein kleines Scherzstück.)

Der Nationalökonom Adam Zmieth schrieb einmal irgendwo, er schäme sich glücklich, zu wissen, daß Milton Schürschuhe und nicht Schnallenschuhe trug. Als dies Milton im Paradies hörte, soll er gerufen haben: Er seinerseits schäme sich glücklich, eine Zeit nicht mehr erlebt zu haben, in der anscheinend nicht nur die Schuhe, sondern auch die Schriftsteller Stiefel produzierten. Max Adler (Dresden).

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sabotage des Wirtschaftsbeirates.

(Gelegentlich der Vorträge der Gen. Baumer, Abg. Hirsch und Abg. Klein als Vertreter der Zentralverwaltung der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände beim Handelsminister Novak) Eine recht interessante Tatsache aus Tageslicht. Die Vorträge der genannten Genossen hatte den Zweck, die Einberufung des zu Beginn des Jahres geschaffenen Wirtschaftsbeirates zu fordern und da versprach Minister Novak die Einberufung dieser Körperschaft zum Gegenstand der Beratung des Ministerrates zu machen, doch hätten einige Korporationen trotz aller Uebungen ihre Vertreter noch immer nicht namhaft gemacht. So anerkennenswert es ist, daß der Handelsminister endlich nach langen Monaten der Doffentlichkeit erklärt, warum der Wirtschaftsbeirat noch nicht aktiviert wurde, so sehr ist es zu rügen, daß er die Namen jener Körperschaften, welche die Einberufung des Wirtschaftsbeirates sabotieren, indem sie die Nennung ihrer Vertreter verweigern, nicht nennt. Erscheint es schon sonderbar, daß wegen der Opposition einiger verbotener Korporationen eine für die Allgemeinheit so wichtige Institution nicht ins Leben gerufen wird, so ist es umso unrichtiger, diese Saboteure noch zu schonen, indem man vor der Doffentlichkeit diese dreiften Reaktionäre nicht an den Pranger stellt.

Daß es sich da nur um irgendwelche rückständigen Unternehmungsklassen, die ein Interesse daran haben, in ihre Maschinen keinen Lichtstrahl dringen zu lassen, handeln könnte, ist jedem Verständigen klar, aber die Zeiten sind wohl zu ernst, als daß es die Regierung vor dem arbeitenden Volke verantworten könnte, um der Geschäftsgeheimnisse einiger Unternehmer und ihres schlechten Gewissens willen den Wirtschaftsbeirat weiterhin sabotieren zu lassen.

Also, nur etwas Mut, Herr Handelsminister, und den Schleier von den Saboteuren des Wirtschaftsbeirates lüften! Die Doffentlichkeit und die Arbeiterschaft insbesondere wollen diese Herren Saboteure von Angesicht zu Angesicht kennen lernen!

Die Alters- und Invalidenversicherung wird — wie Abg. Johans in „Pravo Lidu“ mitteilt, am 1. Jänner 1924 in Gültigkeit treten, und zwar mit einer Wartezeit von vier bis fünf Jahren, sodas die Versicherten bereits im Jahre 1929 die Rente beziehen würden. Der diesbezügliche Gesetzesantrag sei fertig und man warte nur auf die Berechnungen der Versicherungsmathematiker wegen der Höhe der Beiträge und Ansprüche der Versicherten.

Beendigung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Die Verhandlungen, die dieser Tage in Dresden zwischen den beiden Staaten geführt wurden, haben mit einem positiven Ergebnis geendet. Die Tschechoslowakei wird Deutschland in der Frage der Regelung der Verhältnisse deutscher Privat-

versicherungsgesellschaften entgegenkommen, während Deutschland der Verlängerung des Vertrages zustimmt, der die Einfuhr von tschechoslowakischem Hopfen und Mais nach Deutschland regelt.

Eine tschechoslowakische Anleihe an Jugoslawien. In den letzten Tagen meldeten einige Blätter, daß die Tschechoslowakei Jugoslawien eine Anleihe gewährt habe, was aber wieder dementiert wurde. Wie nun der jugoslawische Finanzminister Kumandi dem Redakteur eines Belgrader Blattes gegenüber erklärte, wäre die tschechoslowakische Regierung bereit, die nähere Verbindung der tschechoslowakischen Banken mit den jugoslawischen behufs Gewährung eines Kronenkredits zu unterlagen. Zuletzt wurde die Bildung eines Bankkonzerns mit einem Kapital von 200 Millionen tschechoslowakischer Kronen zum Ausbau von Staatsgebäuden und Beamtenwohnungen in Jugoslawien prinzipiell akzeptiert.

Zwei neue tschechoslowakische Industrien. Auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik hat es bis vor kurzer Zeit keine Fabrik gegeben, in der Glühlampen erzeugt wurden. Nach dem Umsturz mußte daher dieser bedeutende Gebrauchsartikel aus dem Ausland, aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn bezogen werden. Zeither ist aber — wie die „Prager Presse“ meldet — eine Glühlampenindustrie auch in der Tschechoslowakei entstanden. Es sind dies vor allem die Firmen Elektra in Prag und Lux in Mähr. Strou. Außerdem sind noch einige kleinere Betriebe gegründet worden, so daß gegenwärtig in der Tschechoslowakei sich insgesamt acht Firmen in der Herstellung von Glühlampen befinden. Im Bereich der Glühlampenproduktion sind die Spezialbetriebe interessant, die sich mit der Reparatur alter verbrannter Glühlampen befassen. Die Glasbirne dieser unbrauchbaren Glühlampen wird auseinandergehauen, der verbrannte Boden wird durch einen neuen ersetzt, worauf die Glasbirne wieder zusammengeschnitten wird, so daß wieder eine neue Glühlampe entsteht. Diese regenerierte Glühlampe ist billiger als die neue. Aus diesem Grunde sind diese Betriebe zur Reparatur von Glühlampen reichlich beschäftigt. Es sind dies bisher kleinere Unternehmen und insgesamt existieren in der Tschechoslowakei fünf. — Eine weitere neue tschechoslowakische Industrie ist die Herstellung von Kunstseide, die bisher größtenteils aus Oesterreich kam. Nunmehr ist auch in der Tschechoslowakei eine Firma gegründet worden, die sich mit der Fabrikation von Kunstseide befassen wird und gegenwärtig in Vobositz eine Fabrik baut. Eine andere Fabrik, die bereits die Erzeugung aufgenommen hat, besteht in Theresiental bei Arnan.

30prozentiger Lohnabbau in der Mühlenindustrie. Am 18. August 1922 war zwischen den Mühlenindustriellen, welche im deutschen Hauptverbande zusammengeschlossen sind, und dem Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie und verwandter Gebiete in der Tschechoslowakei und dem Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelberufe in der Tschechoslowakischen Republik ein vollständiger Abbau der Aufschaffungs- und Familienzulagen sowie eine fünfprozentige Lohnreduktion vereinbart worden. Nun wurde am 25. Oktober in Teplitz zwischen jenen drei Gruppen vereinbart, daß ein Abbau sämtlicher auf Grund des Lohnvertrages vom 18. August 1922 sich ergebenden Verdienste in folgendem Ausmaße vorgesehen wird: November 1922 um 10 Prozent, Dezember 1922 um 15 Prozent, Jänner 1923 um 20 Prozent. Auf diese Weise ergibt sich ein Gesamtabbau von etwa dreißig Prozent.

25.000 arbeitslose Glasarbeiter. Mit welchen Riesenschritten die Glasindustrie dieses Staates ihrem Untergange zueilt, zeigt sich am deutlichsten durch die sprunghafte Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, welche nun schon bis auf die erschreckende Höhe von 25.000 arbeitslosen Arbeitern und Arbeiterinnen gestiegen ist. Denn wir hier den Nachstoß an die Gesamtzahl der in diesem Industriezweige beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anlegen, so sind 72 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen, währenddem nur noch mehr als 20 Prozent ein bis zwei Tage in der Woche beschäftigt haben. Vollbeschäftigte haben wir in der Glasindustrie in diesem Staate in keinem Betriebe mehr aufzuweisen. Die Glasindustrie in diesem Staate hatte in normaler Zeit 830 Betriebe im Gange, worin 42.300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt wurden. Durch die kolossale Betriebs Einschränkung wird gegenwärtig nur noch in 269 Betrieben ein bis drei Tage per Woche gearbeitet und es sind hier 16.230 Arbeiter und Arbeiterinnen noch beschäftigt.

Ein Gründung der Böhmischen Colomptebank in Berlin. Die Böhmische Colomptebank und Kreditanstalt, die in enger Verbindung mit der Zivnostenska banka steht, hat — wie die „Wirtschaft“ meldet — in Berlin eine „Bank für auswärtigen Handel“ — ins Leben gerufen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	230.00
Berlin	193.50
Wien	234.00

Zürcher Schlusskurse.

Berlin	0'09.00	Paris	37'50.00
Wien	0'00.71	Wien alt	2'25.00
Prag	17.25	Budapest	0'22.00
Sofia	214.00	Wien neu	2'20.00
New York	5'46.50	Warschau	0'04.00
London	24'41.00	Wien zeit.	0'00.75

Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsauschuss und Massenentlassungen.

Eine Schiedskommission für die Unternehmer.

Die Freiwaldauer Schiedskommission entwarf sich mehr und mehr zu einem Instrument der Unternehmung gegen die Arbeiter. Nachdem sie in der letzten Zeit schon ein paar Urteile gegen die Arbeiter gefällt hat, in Fällen, wo die vom Unternehmerterror aufs Pflaster geworfenen Arbeiter durch den Betriebsauschuss Beschwerde gegen Massenentlassungen auf Grund des Gesetzes einbrachten, hat sie diesen Massenurteilen ein neues, nicht minder „arbeiterfreundliches“ Erkenntnis hinzugefügt:

Die Betriebsauschüsse der Arbeiter und Angestellten der Firma „Vielathal“ A. G., Papierfabrik in Sandhübel hatten gegen die Firma zwei Klagen bei der Schiedskommission in Freiwaldau eingebracht, weil

1. die Firma die ganze Arbeiterschaft und einige Beamten kündigte, ohne beratende Mitwirkung des Betriebsauschusses,
2. weil die Firma es unterließ, den Betriebsauschuss gemäß § 4 e B. A. G. über den geschäftlichen Stand und ihre Absichten für die weitere Zukunft zu berichten,
3. weil sie dadurch den Betriebsauschuss in der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben beschränkte (§ 22 B. A. G.) und
4. weil sie entgegen der ausdrücklichen Vorschrift des § 22 B. A. G., auch Betriebsauschussmitglieder kündigte.

Die Schiedskommission hat am 3. November diese Beschwerden im folgenden Sinne entschieden:

1. Die Schiedskommission (wahrscheinlich nur die Freiwaldauer) ist für Entscheidungen über Massenentlassungen (kollektive Entlassungen) nicht kompetent.
2. Die Schiedskommission ist ferner nicht kompetent, eine Entscheidung darüber zu fällen, ob die Firma den § 4 e des B. A. G. übertreten habe, diese Entscheidung steht nur (!) der politischen Bezirksverwaltung zu.
3. Die Schiedskommission erblickt in dem Vorgehen der Firma keine Beschränkung des Betriebsauschusses in der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben.
4. Die Schiedskommission erklärt die Kündigung der Betriebsauschussmitglieder für unwirksam, „weil der Betrieb noch nicht vollständig stillgelegt ist.“

Sieht man sich dieses Erkenntnis der Freiwaldauer Schiedskommission an, so muß man sich wirklich an den Kopf greifen und fragen, ob es möglich ist, daß eine Schiedskommission, die zum Schutze der Arbeiter laut Gesetz geschaffen wurde, die Arbeiterschaft dem Unternehmer völlig ausliefert. Denn was ist es anders, wenn die Schiedskommission in Freiwaldau erklärt, sie sei nicht zuständig für Beschwerden über Massenentlassungen? Dann gibt es also überhaupt keinen Schutz gegen Massenentlassungen? Der Unternehmer kann jederzeit die Arbeiter aufs Pflaster werfen und die ungeheure Notlage der Arbeiter zur Erpressung neuer Lohnkürzungen ausnützen — nach der Meinung der Schiedskommission in Freiwaldau kann dagegen keine Klage bei einer Schiedskommission eingebracht werden. Man schert sich nicht um das Gesetz, nach welchem der Betriebsauschuss verpflichtet ist, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter im Betriebe wahrzunehmen und zu fördern und nach welchem ferner der Betriebsauschuss bei kollektiven Entlassungen der Arbeiter in beratender Art mitzuwirken hat.

Der Unternehmer braucht ferner nach diesem Schiedspruch die Einhaltung des Betriebsauschusses nicht ernst nehmen, er braucht eine seiner wichtigsten Verpflichtungen, dem Betriebsauschuss über seine Absichten etc. zu berichten nicht erfüllen — denn die Schiedskommission tut ihm auch hier nicht weh, sie verweist die Kläger an die Bezirkshauptmannschaft.

Man muß sich unwillkürlich fragen, wozu ist dann die Schiedskommission eigentlich da, wenn sie in derart lebenswichtigen Fragen der Arbeiter, die nach dem Gesetz völlig klar sind, nicht kompetent sein soll? Diese Frage beantwortet die Schiedskommission in Freiwaldau auf ihre Art in der weiteren Entscheidung. Sie erkennt, daß die Kündigung der Mitglieder des Betriebsauschusses unwirksam ist, „weil der Betrieb noch nicht ganz eingestellt ist.“ Ist das nicht die schönste Einladung für die Scharfmacher der Firma, den Betrieb ganz einzustellen, dann den lästigen Betriebsauschuss aufs Pflaster zu werfen und nach vier Wochen ohne denselben wieder anzufangen? —

Für wahr, die Schiedskommission in Freiwaldau hat mit diesem Fehlspruch den Unternehmern den schönsten Liebesdienst erwiesen.

Im Sinne des Gesetzes wurden die Schiedskommissionen zum Schutze der Arbeiter vor der Willkür der Unternehmer geschaffen. In Freiwaldau scheint man anderer Ansicht zu sein. Wir fragen den Minister für soziale Fürsorge: was gedenkt er zu tun, um diesem Mißbrauch des Gesetzes ein Ende zu machen? Dem frivolen rücksichtslosen Vorgehen der Unternehmer gegenüber ist es Pflicht des Staates, die Opfer der Krise die durch sorgfältige Entschuldigungen ausgemergelten Arbeiter vor der Brutalität der Unternehmer zu schützen und auch den Arbeitern eine primitive Existenz zu ermöglichen, wenn sie nicht zur Verzweiflung getrieben werden sollen.

Enquete über die Lage in der Papierindustrie.

Gestern vormittags fand in der Sitzungssaale des Handelsministeriums die vom internationalen Verband der Arbeiter der chemischen Industrie geforderte Enquete über die Lage in der Papierindustrie statt, in der über Maßnahmen zur Lösung der Krise in dieser Industrie beraten wurde. Den Vorsitz führte Minister S a b r m a n n, außerdem war für das Ministerium für soziale Fürsorge noch Zentralgewerkschaftsinspektor B o k o r n y anwesend. Auch Vertreter des Arbeitsministeriums, Handelsministeriums und Eisenbahnministeriums waren erschienen, das Finanzministerium hatte obzwar eingeladen, keine Vertreter entsendet. Die Vertreter der Industriellen hoben hervor, daß eine größere Beschäftigung der Papierindustrie nur dann möglich wäre, wenn die Bahn- und Posttarife dem Werte der heutigen Krome angepaßt würden, wenn die Kohlenabgabe abgeschafft würde und die Umsatzsteuer verschwände. Sie forderten weiter eine Erhöhung der Refundierungsquote der Arbeitslosenunterstützung von 75 auf 95 Prozent. Die Vertreter der Arbeiterschaft, unter denen sich für den internationalen Verband der Arbeiter der chemischen Industrie die Genossen D i n n e d i e r und J o h n befanden, verlangten mit allem Nachdruck die Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaftszentralen, die diese am 5. Juli aufgestellt haben. Sie übten weiter schärfste Kritik an der bisherigen Untätigkeit der Regierung in der Frage der Wirtschaftskrise. Der Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge versprach im weitgehendsten Maße der Industrie entgegenzukommen und soll zu diesem Behufe von den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an die beteiligten Reformministerien ein detailliertes Programm vorgelegt werden. — Es ist nötig, daß die Regierung vom Studium der Krise in der Papierindustrie schleunigt zur Tat übergeht, da es zum Beispiel in den deutschen Gebieten Böhmens nicht einen Betrieb mehr gibt, der vollauf beschäftigt wäre und da sogar bereits elf Papierfabriken vollständig stillstehen.

Die Sitzung des Landesbeirates für landwirtschaftliche Arbeiter, welche am 3. November stattfand, beschäftigte sich mit der „unerwarteten Aushilfe“ und der Vertragskündigung durch die Arbeitgeber. In den Richtlinien ist die Bestimmung enthalten, daß die Auszahlung dieser Aushilfe vom Verhältnis des Getreidepreises Oktober 1922 zu den Preisen von 1921 abhängig ist. Ist der Preis um 50 Prozent gefallen, so entfällt die Auszahlung der Aushilfe: Nun ist tatsächlich der Getreidepreis gegenüber dem Vorjahre über die Hälfte gefallen. Es wurde vom Landesbeirat nachstehender Beschluß in dieser Frage gefaßt:

Laut dem amtlichen Ausweis der Prager Produktbörse betrug der Durchschnittsgetreidepreis auf dieser Börse für den Monat Oktober 1921 im Ganzen 383 K 25 h, für den Monat Oktober 1922 im Ganzen 140 K 39 h, demnach 61 o/0 36,63 Prozent des vorjährigen Preises. Es entfällt daher im Sinne der Richtlinien die für dieses Jahr bedingungsweise vereinbarte „Außerordentliche Aushilfe.“

Infolgedessen unterbleibt auch die 10prozentige Herabsetzung der Geldgebühren der Deputierten, welche in dem Besende des besonderen Schiedsgerichtes vom 27. September 1922, veröffentlicht in der amtlichen Rundmachung des Landeszentralarbeitsamtes in Prag, vom 21. September Nr. 833 3, bedingungsweise ausgesprochen wurde.

Die Arbeitgeber schwingen sich, oder glauben sich aufs hohe Ross schwingen zu müssen und haben die Verträge gekündigt. Sie wollen den beschriebenen Lohn der Landarbeiterschaft noch kürzen. Wie aber diese Menschen dann leben sollen, läßt sie völlig gleichgültig. Die Landarbeiterschaft muß nun ihre ganze Kraft aufbieten, um in den kommenden Verhandlungen nicht geschlagen zu werden. Der Landesbeirat hat diese Kündigung zur Kenntnis genommen. Somit verlieren die Verträge die auf Grund der Richtlinien abgeschlossen wurden, ihre Gültigkeit. Der Landesbeirat, der nun wieder neu zusammengesetzt worden ist, wird bestrebt sein, die neuen Richtlinien bis zum Januar 1923 fertig zu bringen.

Allgemeiner Wertmeister- und Industriebeamtenverband, Reichenberg. Der Verband hielt am 28. und 29. Oktober eine außerordentliche Delegiertenversammlung in Reichenberg ab, auf welcher mehr als 15.000 Mitglieder durch 95 Delegierte vertreten waren. Nach der Berichterstattung des Zentralvorstandes gelangte die Wahlfreieinteilung zur Besprechung und Annahme. Weiters fanden die Anträge des Zentralvorstandes hinsichtlich der Minderung der Verbandsbeiträge, der normalen Satzungen für die Ortsgruppen und der Geschäftsordnung mit geringen Änderungen ihre Zustimmung. Ebenso wurden auch die vorbereiteten Anträge des Zentralvorstandes für die Invalidentaxa des Verbandes, welche vornehmlich in der Umwandlung der Arbeitsunfähigkeit zur Berufsunfähigkeit als Merkmal der Anerkennung bestehen, angenommen. Auch die Errichtung einer Separatabteilung, der weitere Ausbau durch Errichtung von Geschäftsstellen usw. fanden Genehmigung. Einen umfangreichen Teil der Beratung nahm die Aussprache über den wirtschaftlichen Bericht ein und folgte die Veranlassung einer Entschließung, die die bekannten Gewerkschaftsforderungen enthält. Nicht minderes Interesse fand die Besprechung des sozialpolitischen Berichtes. Die diesbezügliche Willensmeinung fand in der beinahe einstimmig gefaßten Entschließung ihren Ausdruck. In dieser Entschließung verlangt der Verband eine einheitliche Sozialversicherung mit einer Abteilung für die Angestellten. Eine eingehende Aussprache erfolgte ferner auch über das Verhalten der Dienstgeber gegenüber ihren Angestellten. Hier wurde besonders auf jene Vertragsgebiete verwiesen, wo, wie in der Seidenindustrie, die Dienstgeber mit der Vertragskündigung gleichzeitig auch die Kündigung sämtlicher Angestellten hinsichtlich ihrer Dienststellungen vorgenommen hatten.

Fürsorge für die Kinder der Arbeitslosen. Die tschechische Landeskommission für Jugendfürsorge unternimmt eine Aktion, um den Kindern der Arbeitslosen für den Winter Kleider und Schuhe zu beschaffen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der 25. Parteitag der bulgarischen Sozialdemokratie.

Im 31. Jahre ihres Bestehens hielt die bulgarische Sozialdemokratie vom 22. bis 25. Oktober d. J. ihren 25. Parteitag in Sofia ab. Der Parteitag war von etwa 300 Delegierten besetzt und zog teils unter Teilnahme einer mehr als tausendköpfigen Zuhörerschaft. In einem Referat über die innere politische Lage behandelte der parlamentarische Führer der Partei, Christo P a s t u c h o w, besonders eingehend das Verhalten der Kommunisten, die sich, wie überall, als Schädlinge der Arbeiterbewegung und Schrittmacher der Reaktion betätigen. Heute unterhält Rußland in Bulgarien ein Heer kommunistischer Agitatoren. Jedermann weiß, daß die bulgarischen Kommunisten die Gelder zu ihrer Befoldung nicht aufbringen, ebensowenig die Gelder in Höhe von etwa 15 Millionen Lew für die Ausführung des im Bau befindlichen kommunistischen Verwaltungsgebäudes in Sofia. Dazu fliehen die Gelder, die verhungerte Russen am Leben erhalten könnten. Die sozialdemokratische Partei stützt sich in der Hauptsache auf die reifere Arbeiterschaft. Sie findet die stärkste Stütze in den Gewerkschaften und den Genossenschaften, die sich nach deutschem Muster zentralistisch organisiert, in erfreulicher Entwicklung befinden. Besonders die Gewerkschaft der Lehrer mit über 6000 Mitgliedern steht völlig auf dem Boden der Partei und bildet eine ihrer größten und berechtigten Hoffnungen für die Zukunft. — Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Verhandlungen über die Stellung zur Internationale. Schon während der Begrüßungsrede des Generalsekretärs der zweiten Internationale, Genossen Otto W e l s, die sich zu einem Referat über die internationale Situation gestaltete, schien die Stellung des Parteitages festzustehen und tatsächlich hat auch der Parteitag den Beschluß zum Eintritt in die 2. Internationale einstimmig gefaßt. Der Sozialismus hat — das ist der Gesamteindruck, den W e l s empfing — am Balkan nicht nur Wurzel geschlagen, er ist auch stark; denn er beherrscht die Kreise der gebildeten Arbeiterschaft. Vor allem aber ist die internationale Sozialdemokratie auch dort die große Hoffnung aller Unterdrückten.

Unser Parteivorstand hat den Parteitag der bulgarischen Genossen mit folgendem Schreiben begrüßt:

Werte Genossen!

In Besten Eurem geschätzten Einladung vom 20. Juli zu Eurem ordentlichen Jahreskongress in Sofia vom 22. bis 24. Oktober beehren wir uns mitzuteilen, daß es uns leider nicht möglich ist, einen Delegierten zu Eurem Kongress zu entsenden.

Wir erlauben uns daher Euch auf diesem Wege unsere herzlichsten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf Eurer Beratungen zu übermitteln. Mehr denn je sind die Proletarier aller Länder durch gemeinsames Leid, durch den Druck des wiedererstarkten Kapitalismus und der politischen Reaktion zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Das internationale Zusammenwirken des Proletariats ist zur zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit geworden. Wir hoffen, daß Euer Parteitag nicht nur der Erstarfung der Sozialdemokratie Bulgariens dienen, sondern auch zum Ausbau der internationalen Verbindungen beitragen wird.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (8)

Autor. Uebersetzung von Germania zur Mühle.

Zimmermann fuhr auf, Madame Blanchet schrat zusammen, und selbst die weiblichen Paradiesvögel gaben, zum erstenmal, seitdem wir das Zimmer betraten, ein Lebenszeichen von sich. Das Schaf bläute noch zweimal, dan stoh Rosythe, glühend rot im Gesicht und anscheinend mit dem Erstickten kämpfend, aus dem Raum.

Madame Blanchet zog mich etwas abseits, fragte: „Herr Billy, sagen Sie mir, ist es wahr, daß dieser Herr ein „Deiler“ ist? Er versteht „Schmerzen zu bannen?“

„Bei mir zumindest tat er es,“ entgegnete ich. „Er ist ein schöner Mann, nicht, Herr Billy?“

„Das ist wahr.“

„Ich habe eine Idee, eine wundervolle Idee.“ Sie wandte sich an meinen Freund: „Herr Zimmermann, ich höre, Sie vermögen Schmerzen zu heilen. Es wäre sehr gut, wollten Sie in meinen Salon kommen und sich mit den Damen beschäftigen, während ich ihnen die Dauerwellen mache, die Grübchen, das süße Lächeln. Sie leiden so dabei, die armen Lieben; und wenn Sie bei ihnen sitzen, ihre Hände halten wollten, so wäre es den Damen sicherlich angenehm; sie kämen jeden Tag her. Sie würden berühmt werden, Herr Zimmermann, und reich. Und Sie würden so schöne Damen kennenlernen. Die vornehmsten Leute der Stadt kommen zu mir, und alle würden Sie vergöttern, Herr Zimmermann. Was meinen Sie zu meiner Idee?“

Es erschien mir plötzlich seltsam, daß Ma-

dame Blanchet noch nicht Zimmermanns Stimme vernommen hatte. Ihn zwang sie ihn zu sprechen, doch vermochte sie ihn nicht zu zwingen, sie anzuschauen. Sein Blick glitt über ihren Kopf hinweg, als schaue er eine Vision; langsam, singend registrierte er:

„Darum, daß die Töchter Zions stolz sind und gehen mit aufgerichtetem Halse, mit geschminkten Angesichtern, treten einher und schwänzen und haben köstliche Schuhe an ihren Füßen. So wird der Herr den Scheitel der Töchter Zions taub machen und der Herr wird ihr Geschmeide wegnehmen.“

„Du lieber Gott!“ rief Madame Blanchet. „Zu der Zeit wird der Herr den Schmied an den köstlichen Schuhen wegnehmen, und die Hefel, die Spangen, die Ketten, die Armspangen, die Hauben, die Flitter, die Gebräme, die Schmürlein, die Bikamäpfe, die Drehschrauben, die Ringe, die Haarbänder, die Mäntel, die Schleier, die Beutel, die Spiegel, die Koller, die Boxen, die Ueberwürfe; und es wird Gestank für guten Geruch sein, und ein Strick für einen Gürtel und eine Glase für krauses Haar und für einen weiten Mantel ein enger Saal; solches alles anstatt deiner Schöne.“

In diesem Augenblick flog die Korridortür auf und Mary Magna trat ein.

11.

„Mein Gott, wer ist da? Billy, selendes Geschöpf, ich habe dich seit zwei Monaten nicht gesehen! Willst du mich völlig verlassen, bloß weil du dich in ein Mädchen aus der Gesellschaft verliebt hast, ein Mädchen mit dem Gesicht einer japanischen Puppe? Was ist denn mit dir los, ich verliere meine Berehrer rascher, als ich sie finde. Edgerton Rosythe, kommen Sie herein; Sie haben eine gute Entschuldigun; ich fürchte

mich fast ebenso sehr vor Ihrer Frau, wie Sie es tun. Aber ich möchte doch einmal die Möglichkeit haben, eines Mannes überdrüssig zu werden. Hallo, Blanchet, wie geht's. Großmütterchen, in ihrem Schlafgeschäft? Können Sie auch denken, daß ein halbes Dutzend Siouxfrauen drei Tage daran arbeiten müssen, einer alten Dame die Haut vom Rücken zu ziehen? Und eine Woche, um ihre Mundwinkel aufzubinden und ihr ein ewiges Lächeln zu geben?“ „Großmütterchen,“ sagte ich zu ihr, „es wäre billiger, Charlie Chaplin zu mieten, daß er den Rest deines Lebens vor dir herumspaziert.“ Und . . . wer ist denn das? Macht mich doch mit diesem Herrn bekannt. Ist er ein Freund von dir, Billy? Zimmermann? Verzeihen Sie, Herr Zimmermann, aber wir Leute vom Film sind gewöhnt, offen über unsere Gesichter und unseren Stil zu reden, und ich begegne nicht jeden Tag zwei Millionen Dollars, die auf zwei Füßen herumlaufen. Für wen arbeitet der Herr?“

Mary Magnas Redeschwall hielt so lange inne, daß wir Zeit fanden, einander anzustarren. „Wie? Er ist bei keiner Filmgesellschaft? Und ihr steht alle herum, es werden keine Kontrakte unterschrieben? Edgerton, weshalb haben Sie nicht die „Ewige Stadt-Gesellschaft“ antelephoniert? Aber ja, I. S. wird in fünf Minuten hier sein, seine Frau läßt sich wieder einmal verschönern. Lassen Sie sich raten, Herr Zimmermann, unterschreiben Sie heute noch keinen Kontrakt; solange Sie sich zurückhaltend benehmen, wird der Preis etliche Hundert die Woche hinaufgehen.“

Mary verstimte abermals, und dies war erstaunlich, denn meist hörte sie bloß zu reden auf, wenn etwas oder jemand sie dazu zwang. Aber Zimmermann schien sie zu bezaubern. „Mein Gott, woher kommt er denn? Er erinnert mich an — ich vergaß — nein, natürlich, sein

Ebenbild. Hören Sie, Billy, Sie mögen es mir glauben oder nicht, aber vor einigen Wochen war ich in der Kirche, bei Rozama Riddlers Hochzeit mit dem Großfürsten. Es war die große Kirche, beim Park — die St. Bartholomäuskirche. Ich betrachtete ein gemaltes altes Fenster über dem Altar und, Billy, ich könnte darauf schwören, daß Herr Zimmermann aus diesem Fenster gestiegen ist.“

„Wiesleicht tat er es, Mary.“

„Ich scherze nicht, sage dir, er ist das lebendig gewordene Bild. Uebrigens spricht er nicht; hat noch kein Wort gesagt. Sagen Sie, Herr Zimmermann, haben Sie eine Stimme oder sind Sie bloß eine stumme Figur aus „Ben Hur“? Neben Sie doch, damit ich mich auskenne.“

Abermals fragte ich mich, wie Zimmermann dies aufnehmen werde. Wird er den Kopf senken und vor dem Bagelshauer weiblicher Frechheiten fliehen? Oder wird sie ihn bezaubern, wie sie dies mit jedem Mann tut, der ihr in den Weg kommt? Oder wird diesem Manne gelingen, was noch keinem Menschen gelang: sie zum Verstummen zu bringen?

Er lächelte sanft: soweit also hat sie ihn bezaubert — er wird höflich sein. „Mary,“ sagte er, „ich glaube, Sie fragen alles, außer den Nasenringen.“

„Den Nasenringen? Was für ein abscheulicher Gedanke? Wie kommen Sie darauf?“

„Als Sie eintraten, zitierte ich den Propheten Jesaja. Seit seinen Tagen, Mary, haben einige achtzig Generationen von Frauen auf der Erde gelebt; sie haben das Wahlrecht errungen, aber anscheinend konnten sie zu ihrem Schmutz nichts Neues entdecken.“

(Fortsetzung folgt.)

Erziehung und Schule.

Entwurf eines sozialistischen Schul- und Erziehungsprogrammes.

(Schluß.)

6. Innere Reformen.

Die erste und wichtigste Reform ist die Herabsetzung der Schülerzahlen auf höchstens 30 in jeder Klasse. Das gesamte Schulwesen ist in den Zeitverhältnissen, den Ergebnissen der Wissenschaft und Errungenschaften der Technik entsprechend auszugestalten. Der Lehrplan wird systematisch gegliedert und einheitlich gestaltet vom Kindergarten bis zur Hochschule, er darf jedoch weder die Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Schultypen, noch die freie Entfaltung der Lehrerpersönlichkeiten beeinträchtigen. Jeder der Schule heute noch anhaftende Ballast hat zu verschwinden, es ist nur Künftiges und Nötiges zu lehren. Das Arbeitsprinzip steht im Mittelpunkt des gesamten Schul- und Erziehungswesens, die Wechselwirkung geistiger und körperlicher Arbeit muß klar zum Bewußtsein kommen, nur so wird die Ueberhebung auf der einen, Entwürdigung auf der anderen Seite vermieden. Der junge Nachwuchs ist zu sozialer Gefinnung, zur Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Freiheitsliebe zu erziehen, ebenso zur Liebe zur Natur, zu Schönheit und Kunst. Das persönliche Beispiel des Erziehers ist ein Hauptfaktor der Erziehung, darum muß jeder Mensch, der irgendwie auf die Erziehung Einfluß nimmt, vor allem an der eigenen Charakterbildung arbeiten.

Die Lehrbücher sind diesen Grundsätzen entsprechend von ersten Fachleuten zu verfassen. Bevor ein Lehrbuch in Druck gelegt wird, soll eine Manuskriptausgabe den zuständigen Körperschaften zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die körperliche Erziehung ist weit mehr zu pflegen als bisher. Der Vormittag diene in der Regel vorzugsweise der Geistesbildung, der Nachmittag der körperlichen Ausbildung. Diese hat zwei Aufgaben: die Kräftigung des Körpers und die Erhöhung der Geschicklichkeit und Gewandtheit. Diese Ziele können erreicht werden durch den Arbeits- und Turnunterricht, durch Jugendspiele, durch Schwimmen, Eislaufen, Wanderungen u. a. Die Errichtung von Ferienheimen, Anstalten für anormale Kinder, u. dgl. ist ebenfalls eine Pflicht der öffentlichen Jugendberziehung.

Ohne in diesem großzügigen Programme in Details eingehen zu wollen, stellt der Verband doch für die einzelnen Unterrichtsfächer folgende Normen auf:

Deutsch: Jedes vollsinnige Kind muß am Schluß der Grundschule sich in seiner Muttersprache fehlerfrei in Wort und Schrift ausdrücken können. Die Rechtschreibung ist unbedingt zu vereinfachen, da sie in ihrer heutigen Gestalt ein großes, fast unüberwindliches Hindernis für den gesamten Sprachgebrauch ist.

Geographie: Die Heimatkunde ist ausreichend zu pflegen, (Wanderungen und Beobachtungen), sie ist die einzige geeignete Grundlage dieses Gegenstandes. Nur, wer die Heimat kennt bekommt ein Verständnis für die große Welt.

Geschichte: Sie muß mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und der geschichtlichen Wahrheit im Einklang stehen. Nicht dynastische und Kriegsgeschichte, nicht tote Zahlen und Namen, sondern die Kulturgeschichte des eigenen Volkes und der Menschheit ist hier zu lehren. Nur die Arbeit hat den Menschen aus der Unkultur der Vorzeit auf die Kulturstufe der Gegenwart emporgehoben. Die heutigen Verhältnisse sind das Ergebnis jahrtausendlangender Entwicklung und wer sie richtig verstehen will, muß eben diese Entwicklungsstufe kennen.

Die Naturwissenschaften. Sie nehmen im Lehrplan der neuen Schule einen breiten Raum ein. Fügend auf eigener Beobachtung, auf Versuchen und Erfahrungen, lehren sie Liebe und Verständnis zur Natur und zur großen Welt. Sie bilden die Grundlage einer zeitgemäßen Ethik.

Die Mathematik gewinnt ebenfalls erst eigentliches Leben durch den Arbeitsunterricht, durch Beobachtungen und Erfahrungen, und verwandelt sich dadurch aus einem toten Gegenstand in einen solchen voll regsten Interesses.

Fremde Sprachen. Die Verhältnisse unseres Landes erfordern dringend die Erlernung der zweiten Landessprache. Der Unterrichtsgegenstand wird im zehnten Lebensjahre des Kindes obligatorisch eingeführt. Die Lehrweise ist anfangs rein praktisch. Durch einen regelrecht organisierten Austausch deutscher und tschechischer Kinder wird die Sprachgewandtheit erlangt, aber auch die Verständigung der beiden Völkerrassen erzielt und der unnütze, verderbliche Streit für später vermieden. Im 14. Lebensjahre setzt eine weitere Sprache ein: Esperanto, Lateinisch oder eine moderne Weltsprache, je nach Bedürfnis des gewählten Berufes.

Die Kunst- und Handarbeit: Die Kunst macht das Leben schön und lebenswert. Die Pflege der Kunst ist hauptsächlich Aufgabe des Zeichenunterrichtes, des Sprachunterrichtes, des Musik- und Gesangsunterrichtes, jedoch soll jeder Gegenstand, wenn hierzu irgend eine Gelegenheit geboten ist, dieser wichtigen Seite der Erziehung seine volle Beachtung schenken.

7. Besondere Einrichtungen und Bestrebungen.

1. Die Dotation des Schulwesens.

Die Gesamtheit des Volkes trägt die Gesamtkosten des Schul- und Erziehungswesens. Lehr- und Lernmittel sind unentgeltlich beizustellen, alle Schüler erhalten das Mittagessen, sind

auch sonst zu verpflegen, wo die Umstände es erfordern. Die Geldmittel sind durch Ersparnisse beim Heerwesen und durch Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzplanes herbeizubringen.

2. Trennung von Schule und Kirche.

Religion ist Privatsache. Die Schule ist eine öffentliche Einrichtung, interkonfessionell und darf in keiner Weise für Zwecke irgendeiner Konfession mißbraucht werden. Außerhalb der Schule steht es jedem frei, seinen Kindern einen konfessionellen Religionsunterricht erteilen zu lassen. In Schulbehörden haben die Konfessionen weder Sitz noch Stimme.

3. Aufhebung der Privatschulen.

Das gesamte Schul- und Erziehungswesen ist öffentlich, es hat neben seinen sonstigen Obliegenheiten den Zweck, Klassenunterschiede möglichst auszugleichen und im heranwachsenden Geschlechte ein Solidaritätsgefühl zu erzeugen, das es befähigt, sich unterschiedslos in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Durch Privatschulen wird der alten Klassenziehung Tür und Tor geöffnet, Dunkel und Ueberhebung finden neuerdings Einzug ins Kinderzimmer. Ein Privatunterricht kann von der Schulbehörde nur unter besonderen Umständen gestattet werden. (Z. B. bei Krankheit des Kindes nach Bestätigung des Arztes.)

4. Begabten- und Hilfschulen.

Für minderbegabte oder aus irgend einem Grunde geistig zurückgebliebene Kinder sind Hilfschulen (Hilfsklassen) mit geringen Schülerzahlen zu errichten. Ob auch die Einrichtung von Begabten- und Hilfschulen empfehlenswert ist, soll in Beratung gezeugen werden.

5. Schulen für anormale Kinder.

Neben den Sanatorien für schwächliche und fränkliche Kinder ist eine genügende Anzahl Schulen (Anstalten) für Nichtvollstimmige, Blinde und Taubstumme zu errichten.

6. Erziehungsärzte.

Der Arzt ist bei der Erziehung so wichtig wie der Lehrer. Seine Tätigkeit erstreckt sich über das ganze Gebiet des Erziehungswesens. Er ist hauptamtlich anzustellen und hat seine ganze Kraft und sein ganzes Können in den Dienst der Erziehung zu stellen.

7. Weltpädagogik.

Der internationale Charakter des Sozialismus bietet leichter die Möglichkeit, in Verbindung zu treten mit den Lehrern anderer Völker. Internationale Erziehung sollen ausgetauscht werden, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Wertschätzung sind die Folge sein. Wir wollen freie, arbeitstüchtige Menschen bilden.

Jugendnot.

Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer.

Oktober 1922, Berlin-Schöneberg.

Der öffentlichen Tagung ging eine von 87 Provinzial- und Landesvertretern besuchte Delegierten-tagung voraus. Von entscheidender Bedeutung ist die Aufnahme des pazifistischen Gedankens in das Bundesprogramm und der Beitritt des Reichsbundes zum Deutschen Friedenskartell, dem bisher nur die Berliner Gruppe angehörte. Einstimmig wurde ferner ein Protest gegen die sich öffentlich in den Universitäten ausstrebende Reaktion angenommen.

Jugend im geltenden Recht — besser gesagt im geltenden Unrecht — waren die Aufsatztgedanken der Tagung. Dr. Danziger bewies, daß vom Befreiungstempel der Jugend sich kein Hauch in irgendeinem Gesetz befindet; bürgerliches, öffentliches und Strafrecht teilen sich in den traurigen Ruhm. Besonders trüb das bürgerliche Jugendrecht, aufgebaut auf den Gedanken der Familie und der kapitalistischen Auffassung von der Ehe. Den Schwerpunkt der Gesetze bildet die vermögensrechtliche Regelung — man denke auch an die „Rechte“ der unehelichen Kinder! Und dabei ist das Grundfundament, die alle Familie, längst morsch und brüchig geworden.

Genossin Antonie Pfallk, M. d. R., zeigte, daß die Familie längst nicht mehr Schutz- und Arbeitsgemeinschaft ist, sondern Pflanzgemeinschaft mit einem Schutz „Gartenlaubromantik“ geworden ist. Längst ist die Gesellschaft in die Aufgaben der Familie eingedrungen: Säuglingshaus, Mutterhaus, Rippen, Kinderkrippen, Volkskrippen — alles Einrichtungen, deren Ausbau nach dem Referat von Ilse Müller-Destereich dringend erforderlich ist! Die neue Jugendgesetzgebung muß diesen Verhältnissen Rechnung tragen und dem Eigenleben der Jugend sowie dem bisher kaum berücksichtigten Erziehungsgeboten dienen. Stadtrat Freidländer berichtete über die Pläne des Justizministers Genossen Radbruch, Pläne, die die bürgerliche Reaktion vernichten möchte. . . .

Von der Familie zum Mutterwesen! Genosse Kameron gibt ein anschauliches Bild davon: Umbau der bestehenden Gesellschaftsordnung, Befreiung der privatrechtlichen Vererbung, Prinzip der Gemeinwirtschaft — Mutterkassenrente, Kinderkrippen, Produktionskassen! Die neue Familienform sei ein Fund unter Wahrung „ökonomischer Unabhängigkeit“ von Mann und Frau, die nach ihrem Verlangen ihrem Beruf nachgehen können.

Der zweite Tag „Jugend und Gesellschaft“ bringt als Hauptteil die Rede der Genossin

Räte Feuerstahl: Jugend im Wirtschaftsprozess. Die schwerfällige Kinderarbeit, nicht nur in Fabriken, sondern auch auf dem Lande, muß unbedingt restlos beseitigt werden, auch wo Kinderarbeit die wirtschaftliche Brücke zur Erhaltung der heutigen Familie ist. Die Erwerbsarbeit der Jugendlichen ist zu regeln 1. durch Verschieben jenseits der Pubertätszeit, 2. durch geeignete Berufsberatung, 3. durch Fortdauer des Erziehungseinflusses (Umgestaltung des Lehrlingswesens), 4. Umgestaltung der Fortbildungs- und Hochschulen auf die Erfordernisse des heutigen Lebens.

Der dritte Tag, der Höhepunkt der Tagung beginnend mit dem Referat des Genossen Adolf Koch über die „Sexualnot“ der Jugend. Die Heuchelei und Schamlosigkeit der Gesellschaft wird rücksichtslos an den Pranger gestellt, genau wie die Schule mit ihrer Verlogenheit und ihrer verkehrten Erziehung zum Schamgefühl durch die Körperstolz und Seelenreinheit gebrochen werden. Die von der Gesellschaft hochgehaltene „doppelte Moral“ findet ihre rechtliche Stütze im bürgerlichen Gesetzbuch: Nichts ist wie Gemeinheit. . . .

Gen. Prof. Dehreich gibt das Bild vom brüderlichen Menschen: Meist im Alltagsleben, arbeitet für die Zukunft, restlos in der Hingabe des Jchs. Revolutionär sein, heißt Tatenmensch werden! Einscha halten, Umschau mit Gewissenshaftigkeit und dem Willen, Alles zu zerbrosen! Nur nicht warten, denken, daß eines Tages Sozialismus da ist — ändern! Täglich die äußeren Umstände, den inneren Menschen — niemals eins, beides ist no! In dieser Zeit des Elends, der Not der Jugend ist eine letzte Hoffnung die neue Schule, die Produktionskassen, ein Schritt zur neuen Menschheitskultur!

Forderungen der deutschen Lehrerschaft.

Der Deutsche Lehrerbund im tschechoslowakischen Staate hielt am 28. und 29. Oktober in Jwittan eine Bundesauskunftstagung ab, in welcher u. a. anschließend an den Tätigkeitsbericht beschlossen wurde, für den von der Deutschen Universität in Prag zu veranstalteten Hochschulkurs zur Heranbildung von Bürgererschullehrern vorläufig einen Betrag von 10.000 K zur Verfügung zu stellen. Nach einem eingehenden Bericht des Genossen Otto Katjinka-Bräun über die Stellungnahme zum Kleinen Zuhause wurde eine Entschiedenheit einstimmig angenommen, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß die von der Nationalversammlung am 13. Juli d. J. beschlossenen Änderungen in keiner Weise den Forderungen der neuen Zeit gerecht werden. Das Kleine Schulgesetz hält grundsätzlich an dem feinerzeit bei der Aufhebung des Konkordates vor 33 Jahren im Kompromißwege geschaffenen Verhältnis zwischen Schule und Kirche unverändert fest, läßt die schon bei der Schaffung des Reichsvollschulgesezes erhobene Forderung nach Trennung von Schule und Kirche unerfüllt und lehnt die Einführung des Moralunterrichtes als Pflichtgegenstand an den allgemeinen Volks- und Bürger Schulen ab. — An einer anderen Stelle der Resolution heißt es: „Weder von Schulkassen für hungernde Kinder, noch von Heimstätten für die der erforderlichen Ruffität im Elternhaus entbehrenden Kinder ist im Gesetz die Rede. Auch das aus dem allgemeinen Schulzwang mit Notwendigkeit sich ergebende Verlangen nach Unentgeltlichkeit der Lernmittel, das in anderen Staaten längst erfüllt ist, bleibt unberücksichtigt, ja sogar die vormärzliche Einrichtung des Schulgeldes soll auch weiterhin erhalten bleiben und Bestimmungen über Unterricht und Pflege schwach- oder nicht vollsinniger Kinder fehlen gänzlich.“

Ueber die Lage der stellenlosen Lehrer berichtete Rudolf Prucha-Reichenberg. Es wurden eine Reihe von Forderungen gestellt, u. a. wurde bezüglich der Rechtsverhältnisse der Substituten die Wiederherstellung der Galtigkeit der Artikel I—III des Gesetzes vom 9. April 1920 verlangt, d. h. für alle Substituten entsprechend dem § 77 der Dienstverordnungen für Staatsbeamte vom 25. Jänner 1914, mühen für alle Substituten die Wiedererlangung des Definitivums ad personam ohne Bestimmung des Dienstortes nach einjährigem Anfangsdienste.

Zur Beseitigung der Stellenlosigkeit der Junglehrerschaft verlangt der Lehrerbund die Unterbringung stellenloser Substituten bei Schulbehörden, öffentlichen Kestern, Jugendfürsorgeanstalten, Volksbildungsschulen und anderen das Gebiet der Erziehung betreffenden Stellen unter Einrechnung dieser Dienstzeit für die Vorrückung und Pensionierung, sowie die Schaffung einer Arbeitsvermittlungstelle für stellenlose Substituten.

Bundesobmann Kohn besprach den von der Regierung geplanten Abbau der Bezüge der Staatsangestellten und Lehrer. Dazu sah die Bundesversammlung eine Entschädigung, in der 1. die Wieder-einreichung der Bürgererschullehrer in die Gruppe der Staatsbeamten und die Zuerkennung des Definitivums ohne Bestimmung des Ortes an lehrbefähigte Lehrerautwärter nach einjähriger Dienstzeit verlangt wird. — 2. Gewährung einer einmaligen außerordentlichen Zulage in der Höhe der für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 1922 vorenthaltenen Bezüge. — 3. Die Regelung der Bezüge der Ruheständler in dem Sinne, daß die Anschaffungsbeiträge und Notausfällen der Ruheständler jenen der im Dienst befindlichen Staatsangestellten gleichgestellt werden und der Unterschied zwischen Alt- und Neupensionisten verschwinde. — 4. Die Gleichstellung der Bezüge der Kinderkrippenrinnen mit jenen der Staatsangestellten der Gruppe D.

Aus allen aufgestellten Forderungen geht die geistige und materielle Not deutlich hervor, die auf der deutschen Lehrerschaft und auf der Masse der deutschen Jugend lastet. Eine Republik, die „demokratisch“ und „fortschrittlich“ sein will, dürfte den Notschrei nicht so ungehört verhallen lassen, wie es leider zu befürchten ist.

Die Lehrerbildung im Deutschen Reich und die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Lehrerbildung eingebracht. In dem Gesetz wird verlangt, daß die an öffentlichen und Privatschulen anzustellenden Personen vor ihrer Ausbildung für das Lehramt eine höhere Lehranstalt (Vollanstalt, die zum ordentlichen Studium an den Hochschulen berechtigt) mit Erfolg besucht haben oder durch besondere Prüfung nachweisen, daß sie die auf einer solchen Lehranstalt vermittelte Bildung besitzen. Die Vorbildung für berufstechnische Lehrer und Lehrerinnen an Berufsschulen fällt nicht unter das Gesetz. Zur Berufsausbildung soll der Besuch einer Universität oder einer technischen oder künstlerischen Hochschule und praktisch-pädagogischen Schule erforderlich sein. Eine Verordnung, die innerhalb eines Jahres nach Erlass dieses Gesetzes in Kraft tritt, soll die näheren Anordnungen für den Bildungsgang der Lehrer regeln. Die bisherigen Ausbildungsanstalten für Volksschullehrer und Lehrerinnen sollen abgehoben, oder — spätestens im Schuljahr 1923—24 beginnend — klassenweise abgebaut werden. Die Befähigung als Lehrer oder Lehrerin an einer öffentlichen Lehranstalt soll bis zum 30. September 1929 noch nach den von den Ländern erlassenen Bestimmungen erworben werden können. Volksschullehrer und Lehrerinnen, die die bisherigen Ausbildungsanstalten besucht haben, sollen nach bestandener Seminarabgangsprüfung an den Universitäten und technischen Hochschulen des Reiches als ordentliche Hörer zugelassen werden und die Berechtigung haben eine Abschlussprüfung in Pädagogik abzulegen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 5.: „Meisterfänger“ (Gastspiel Böhmen); Montag, den 6.: „Frau Lohengrin“ (Gastspiel Werbezirk); Dienstag, den 7.: „Die Walküre“ (Gastspiel Böhmen); Mittwoch, den 8.: „Die Tugenden“ (Gastspiel Traus-Ruß); Donnerstag, den 9.: „Die Jungfrau von Orléans“ (Schiller-Frier); Freitag, den 10.: „Martha“ (Gastspiel Traus-Ruß); Samstag, den 11.: „Der Barbier von Bagdad“; Sonntag, den 12.: nachm. „Die schöne Helena“, abends „Die Bajadere“.

Keine Bühne. Heute, den 5.: nachm. „Kaja Atschul“, abends „Lamwan“; Dienstag, den 7.: „Frau Lohengrin“ (Gastspiel Werbezirk); Mittwoch, den 8.: „Frau Lohengrin“ (mit Werbezirk); Freitag, den 10.: „Lebende Stunden“; Samstag, den 11.: „Lamwan“; Sonntag, den 12.: nachm. „Der Werwolf“, abends „Papa“.

Urania.

„Irland, die grüne Insel“ (Am Wilde durch die Welt), Univ.-Prof. Pöferm-Perin. Heute, Sonntag, 4 Uhr. Der Vortragende schildert aus eigener Anschauung an der Hand von prachtvollen Lichtbildern die so wenig gekannten Schönheiten der nordischen Riviera und erzählt auch von der hochinteressanten Geschichte des Landes. Karten 5 K. Mitglieder 4 K. Urania-Kanzlei.

„Die Berechnung der Geschichte und unsere Zukunft“ (6. Nov., 8 Uhr), „Spuk und Gespenster“ (Was sagen uns die Toten?) (8. Nov., 8 Uhr). Moritz em er ich-München in der „Urania“. Der Vortragende spricht über die beiden Themen, die er auch

Werbet und abonnieret!

Ausschneiden und einsenden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab _____ 192
monatlich 16 Kc — vierteljährlich 48 Kc
— halbjährlich 96 Kc — ganzjährlich
192 Kc — (nicht Zutreffendes durch-
streichen) das in Prag täglich erschei-
nende Zentral-Organ der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in
der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havliczkovo nám. 32.

Vor- und Zuname

Beruf

Ort, Bezirk

Straße und Nr.

Deutlich schreiben!

in seinen so bekannten Werken behandelt, und mit denen er jüngst in Leipzig außerordentlichen Erfolg hatte. Karten 4-12 K, Mitglieder 3-10 K. Urania-Kanzlei.

Geheimrat Berner Sombati-Berlin und Prof. Hans Kelsen-Wien. (Zwei Veranstaltungen gemeinsam mit dem Bank- und Sparkassenbeamten.) Montag, den 13. Nov. „Die Weltwirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“.

„Das Deutsche Lied in Wort und Ton“, sechs Abende in der „Urania“. 1. Abend: Freitag, den 10. Nov., „Schubert-Strauß-Abend“, Kammerfänger Fr. Brodersen, Staatsoper München. Am Klavier: Linde Brodersen. Karten 17-7 K, Mitglieder Ermäßigung. Für den ganzen Zyklus 80 bis 30 K, Urania-Kanzlei.

Vorlesung Franz Werfel. Dienstag, den 14. November. Werfel erscheint seit zehn Jahren zum ersten Male wieder in seiner Vaterstadt am Vortragspult.

Vorlesung Waldemar Vonsfeld (Veranstaltung des Vereines „Frauenfortschritt“ und der „Urania“). Mittwoch, den 15. November. Karten 20-6 K, Mitglieder beider Vereine Ermäßigung. Urania-Kanzlei und Frauenfortschritt.

Urania-Vorträge. Montag, 5 Uhr: „Kinderpsychologie“, Dr. Prof. Pollak-Dittich. Karten 2 und 3 K. — Montag, halb 7 Uhr: „Die Hauptströmungen der deutschen Literatur“, Prof. Dr. Erwin Klein. Karten 2 und 3 K.

Urania-Kinovorstellung. Dienstag, den 7. November, 6 Uhr, „Bio „Nina“ (Gerbergasse)“, „Lady Hamilton“, neuester Film mit prachtvollen Bildern. In den Hauptrollen: Diane Gaid, Krauß, Schünzel. Vorher: Rekordwoche und Wendelsteinbahn. Karten 2-10 K, Urania-Kanzlei und Wegler.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Benen. Sonntag, den 5. November um 2 Uhr nachmittags findet im „Schwarzen Hof“ in Benen die Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Organisation und Presse, Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit und Eventuelles.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II., Jilgnerova nam. 4. Dienstag, den 7. November 1922, um 8 Uhr abends wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung. Mittwoch, den 15. November 1922, findet im Restaurant „Goldenes Kreuzel“ Prag, Rektanzka, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: Bericht der Ortsgruppenleitung und Bericht des Delegierten bei der Teplitzer Konferenz.

Turnen und Sport.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Vom Bundestag der Arbeiterturner erging folgender Aufruf an die Arbeiterschaft.

In einer ersten Stunde sind die Vertreter der deutschen Arbeiterturner- und Sportler der tschechoslowakischen Republik gekommen, um neue Wege, neue Mittel zu suchen, deren das Kulturbedürfnis der schaffenden Menschen in ihrem Daseinskampf um bessere Lebensbedingungen so dringend benötigt. Trotz Arbeitslosigkeit, Hunger, Not und Elend, verschuldet durch die Arbeitslosigkeit der Regierung dürfen wir uns niemals anhalten lassen, stolzen Mutes, festen Vertrauens und unbegrenzten Willens dem Ziele zuzustreben, das der Arbeiterschaft Befreiung aus unwürdiger Anarchia bringen soll. Ist in diesem Kampfe die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung auch nur ein Teil, so ist ihr Bestehen doch von bedeutender Wichtigkeit, da sie unschätzbare Dienste auf dem Gebiete der Volksgesundheit und Volkserziehung leistet, zugleich aber auch in ihren Reihen den größten Teil der Arbeiterjugend vereinigt und sie mit den ersten Eindrücken des proletarischen Fühlens und Denkens befruchtet. Trotzdem wird all diese Mühe nur von Teilerfolgen begleitet sein, wenn sich die Arbeiterschaft nicht aufrüstet, ihre Bestrebungen durch eine intensivere Anteilnahme als bisher zu unterstützen.

Wie viele Arbeiterföhne und Töchter stehen heute noch in den Reihen der Gegnerschaft und tragen somit bei, den Hört der Reaktion zu stärken, schädigen somit unbewußt sich selbst und die ganze Arbeiterklasse! Welch geistige Verberberung wird da in tausenden Köpfen angerichtet! Unsere Gegner wissen es nur zu gut, welche Gefahr eine im proletarischen Sinne erzogene Jugend für sie bedeutet, darum ihre verzweifeltsten Anstrengungen, die Jugend durch die nationalen Turnvereine in ihre Reihen zu locken. Diese Taktik sollte jeden flottenbewußten Arbeiter zum Nachdenken anregen und ihn förmlich dazu zwingen, der Arbeiterturnerschaft seine tatkräftigste Unterstützung zu gewähren.

Deshalb fordern wir Euch, Männer und Frauen der Arbeit, auf, dazuzuwirken, daß kein Familienmitglied einem bürgerlichen Turn- oder Sportverein angehört, dessen Tendenzen gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind. Es ist eine kleine selbstverständliche Verpflichtung, die wir da von unseren Genossen verlangen, aber ihre Tragweite ist unermeßlich, ihre Einlösung ein gewaltiges Stück revolutionärer Arbeit.

Am Arbeitsplatz, in Versammlungen, wo immer es sei, werdet Ihr jederzeit an Euerer

Lebensverhältnisse, an Eueren Klassenfeind erinnernd, darum ist dieser Appell nicht als Vorkampf der Leibesübung treibenden Arbeiter aufzufassen, sondern er ist eine ernste Mahnung an Euch selbst. Der Feind steht nicht nur rechts, nein, er steht auch mitten unter Euch, sogar in der Familie und ihn zu bekämpfen ist Aufgabe aller. Zeigt den Betrütern, wo sie hingehören!

Arbeitsbrüder und -Schwestern, wir rechnen auf Euch!

Hoch die freie sozialistische Arbeiterturnerschaft! Frei Heil!

Der Bundestag der Arbeiterturner. Teplitz, im Oktober 1922.

Deutsche Wettspiele in Prag. Pokalfinale: AC Sparta gegen Slavia am Spartaplatz. Meisterschaft: Viktoria Žilow gegen Krodchlav. Freundschaftsspiele: DFC gegen ČSK, HFA. Besobice gegen Kufelstý SK, SK. Liben gegen Sparta Rositz, Smichow gegen Meteor VIII, Čechie Smichow

Amerikanische „DALTON“ Addiermaschinen, 344 Rechenmaschinen. **BRUNSVIGA, MERCEDES** Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN. Vervielfältigungsapparate. **SCHAPIROGRAPH** in. Farbbänder und Karbonpapier. „Courant-Spitzmaschinen“ **L. u. G. Halphen Prag**. Mikuláská 22/4. Telefon 2342. Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6. Reparatur aller Bureaumaschinen.

PARKETT *Reiffers & Kitzler* *Taylor & Schmidt*. **Altbewährt ist Spaleks** Czernosecker Weinstern Essig er ist und bleibt der beste. **Weinessigfabrik** **Quido Spalek Sohn, Leitmeritz.** Modernst eingerichteter Gärungsprodukt. 888. Verlangt ausschließlich **Schweineschmalz u. Schweinespeck** Marke **Morris Supreme** von der **Morris Packing Company, Chicago.** Vertr.: **Wih. Schlesinger & Co., Prag-Karlín.**

Verbandstoff-Werke Telefon Nr. 851/IV. **Teplitz-Schönau** Telefon Nr. 851/IV. liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche **Verbandstoffe, Verbandwatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster.** 1173

Steindrucker Nachmann in Stein- und Offsetdruck, Druckvollständig in selbständig und erfahren, gesucht. Wohnungsmöglichkeit vorhanden, Eintritt im Laufe des kommenden Jahres nach Vereinbarung. Ausführliche Angebote mit Angabe des Lebenslaufes früherer Tätigkeiten, Familienverhältnisse und Lebensführung an **Great's Bureau Prag II., Jindřišská 19.** 1170

Amerikanische Dauerbrand-Öfen Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis! **AMERICAN HEATING** Akt.-Ges. Prag Národní 33. Tel. 5428. **Belegverkaufsstellen:** Reichenberg: Wiesenstraße 21. Marján: ad. Kurh. Lothringer Brücken. Salzamtgasse 7. Mähr. Ostrau: Jahnstraße 17.

gegen Kollisch, Deutsche Sportler gegen Star. Olympia. — Zu dem heute am Spartaplatz stattfindenden Pokalfinale werden et. ander gegenüberstehen: Sparta: Pejz; Dojer Bospil; Gajub, Rada, Cerveny; Seblacek, Meduna, Schaffer, Dvofacek, Tojner. — Slavia: Chaha; Raca, Seiferl; Bida, Burger, Flobr; Kuzel, Stapl, Banik, Soltno, Majal. Schiedsrichter Kotal. Beginn 14.45 Uhr.

Die Wiener Meisterschaft: 1. Klasse: Admira 11, Amateure 10, Rapid 8, Wader 7, Sertha 7, Daboch 6 und Vienna 6 Punkte. — 2. Klasse: Rofb: Sturm 1914 9, Donaufahrt 9, Stmarl 9 und Red Star 8 Punkte; Sáb: Slovan 11, Simmeringer Sp. Vg. 9, Crketer 7 und Germania 6 Punkte.

Jeder Kaufmann der Nahrungsmittel oder Delikatessen führt **erhöht seinen Gewinn u. fördert den guten Ruf** seines Unternehmens durch den Vertrieb der allgemein beliebten **Suppenwürze „ILSA“** Wo einmal diese Ware eingeführt, sichert ihre vorzügliche Qualität und praktische Verwendung im Haushalte dem Kaufmann **maximalen Absatz** zu, denn dieser Artikel ist jetzt der gesuchteste. Milchindustrie-A.-G., Prag-Smichow.

Materialwaren en gros **MEFISTO** Ofenglaspaste in Dosen, **„KIKIRIKI“** Erbindendes Gepäckpulver, Elerersatz, **„BRUNIN“** Teiggewürze, **„KYPIK“** „Backpulver“, Hefersatz, **VANILINZUCKER** garantiert rein, erzeugt und liefert **Vincenz Joh. Brun, Prag-Karolinenthal.**

Piering-Seni u. Essig ist der beste! zu haben in allen Konsum-Verleinen. Wollen Sie ständigen Verdienst? Schreiben Broz, Karda Bréce. 110

Versichern Sie sich nur bei der **genossenschaftlichen Volksversicherung „ČECHOSLAVIA“** Akt. Ges. in Prag II. Krakovská 5. (4 Millionen Aktienkapital.) Lebensversicherungen mit und ohne ärztliche Untersuchung, Brandschaden- und Einbruchsdiebstahlversicherungen. **Unterstützen Sie unser genossenschaftliches Versicherungsinstitut!** Ortsvertreter und Berufsaussenbeamte werden zu günstigen Bedingungen aufgenommen und eingearbeitet. 1172

Konkurrenzlose Reklamewoche! Bedeutend herabgesetzte Preise! Unerreichte Auswahl! Kein Kaufzwang! **Besichtigung frei!** **Textilabteilung:** 78 cm Kaliko K6 3,50, 120 cm „ „ K6 8.—, 70 cm Hemdenflanell K6 4.—, Skautiflanell „ 6.—, 78 cm Rumburger Webe prima „ 4,50, 75 cm Blau-, Rot- und Graudruck „ 5.—, 120 cm Kanafas prima „, Brokatkanafas „ 11.—, 145/145 Grad weiß für Bettzüge „ 11.—, 80 cm Inlett gelb 5.—, 120 cm „ 8,50, Inlett prima Qualität rot und blau „ 8.—, 90 100 120 140 cm K6 8.— 9.— 10.— 12.— 15.—, 120 cm Matratzenradl in herrl. Mustern „ K6 15.—, 145 cm Baumwollbetuch 12.—, Bettuchlein „ 20.—, 140 cm Kloth schwarz 18.—, Brokatkloth für Jackenfutter „ 20.—, 70 cm prima Doubleflanel in herrl. Dessins „ 16.—, Fertige Strohhäcke 25.—, Barehente v. 8.—, bis 18.—, Taschentücher 2.—, Handtücher „ 8.—, 145/145 Tischtücher 35.—, Tischmesszeug „ 23.—, herrliche Schürzen von „ 12.—, Nichtpassendes wird zurückgenommen und Geld retourniert! **Reklame-Restenpakete:** garantiert fehlerfrei, jeder Rest läßt sich gut verwenden. 1171 **Wäscheabteilung:** Herrenhemden: Kaliko m. Brust 15.—, Flanel „ „ K6 18.—, Trikot 26.—, Zebr „ „ „ „ „ 28.—, Zebr prima gebügelt 38.—, mit 2 Krägen „ 45.—, Damenhemden: Kaliko 12,50, Flanel „ „ 18.—, Trikot 35.—, Chiffon m. Ajour „ „ 13.—, Chiffon m. Aermeln 15.—, mit Steckerel „ 21.—, Chiffon m. herrl. Steckerel „ „ 28.—, Pfadfinderhemden: 10 12 14 16 Herren 17— 20— 23— 25—, Herrenunterhosen: Krysot blau 18.—, Körper 16.—, Flanel „ 20.—, Gradl 30.—, m. Franz. Gurt 22.—, gepust „ 25.—, Damenhosen aus prima Flanel „ „ 16.—, Schloßanzüge aus Blauelien „ „ 48.—, Oberhosen aus prima Stoff „ „ 45.—, Gestreifte Schloßhemden 28.—, Schloßhemden glatt „ „ 25.—, **Paket A** enthaltend: Webe, Flanel, Barehent gew., Molino, zus. 20 m K 1,0.—, **Paket B** enthaltend: Blaudruck, Barehent gewöhnl., prima Rumburg. Webe, Flanel prima zus. 20 m K6 1,5.—, **Paket C** enthaltend: Flanel gestickt, 120 cm Kleiderstoff, karr. 110 cm, Rumburg. Webe, Flanel, prima zus. 17 m K6 1,40.—, **Paket D** enthaltend: Barehent mit Soldatenkollt, Modekluderstoff, Rumburg. Webe, Flanel prima zus. 20 m K6 1,5.—, **Weberel und Wäsche-fabrik** **OTTO KATZ, Prag I., Celetná 14, I. Stock.**

Mitteilungen aus dem Publikum. **W. STANEK'S TEE PRAG** Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Basar.** Herausgeber: Dr. Ludwig Tschach und Karl Tschach. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: D. Polih.

King der König der Winterröcke! Vollständiger Ersatz für den teuren Stadtpelz. **Der King** hat einen so feinen Überzug wie 'er Stadtpelz, einen echten Fell-Schalkagen und innen hohen schwarzen der braunen Plüsch, welcher wärmer und dauerhafter als Fell ist, weil er keine Haare läßt. **Den King** erhalten sie für **Kč 1290.-** ausschließlich im Konfektionshaus **Sigmund Stránský** Prag, **Kybernská.** Auch **Knaben-King** in gleicher Ausführung in jeder Größe von 3 Jahren an von Kč 640.— aufwärts. **Dem kauenden Publikum zur gell. Darnachachtung!** Da die Konkurrenz die von mir vor mehr als 20 Jahren eingeführte Bezeichnung KING in ihren Inseraten mißbraucht, indem sie unter dieser Bezeichnung billiger offeriert, so erkläre ich, daß der echte Original-King nur bei mir zu haben ist. — Alles andere unter diesem Namen Angebotene ist minderwertige Nachahmung! 1160